

# Qualität in- e- qualität

magazin

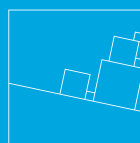
N°1

Universität  
Konstanz



## COVID-19 und Ungleichheit

Cluster of Excellence  
The Politics of Inequality





**In\_equality** magazin

## **COVID-19 und Ungleichheit**

*Das Forschungsmagazin  
des Exzellenzclusters  
„The Politics of Inequality“  
an der Universität Konstanz*

**6 Editorial**  
**24 News**  
**50 Impressum**  
**52 Perspektiven**

AUS UNSERER FORSCHUNG

**8** Stabilität in der Mitte,  
Erosion an den Rändern:  
Politisches Vertrauen in der  
Coronakrise (M. R. Busemeyer, C. Diehl, F. Wolter)

AUS UNSERER FORSCHUNG

**12** Geschlechter-  
ungleichheiten in Zeiten  
von Corona (S. Strauß, A. Bertogg)

AUS UNSERER FORSCHUNG

**18** Freiwilligkeit oder Zwang?  
Wie die Politik die Menschen  
dazu bewegen kann, sich an  
die Coronamaßnahmen zu  
halten (K. Schmelz)

IM GESPRÄCH

**30** Fellow während der  
Coronakrise. Interview mit  
Peter Thisted Dinesen

SOZIALFORSCHUNG VISUELL

**34** Arbeiten von zu Hause.  
Sechs Grafiken zum Home-  
office in der Coronakrise (F. Kunze)

# Inhaltsverzeichnis

## AUS UNSERER FORSCHUNG

**38** Soziale Ungleichheit, Verschwörungstheorien und die Coronaproteste in Deutschland (S. Koos)

## GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

**42** Kontakt(aufnahme)-beschränkungen. Oder: Wie die Coronapandemie ein Clusterprojekt auf sozialer Distanz hält (F. Bergmann)

## LAUT GEDACHT

**46** Wissenschaft im Alltag. Prominenz mit Nebenwirkungen (P. Stoop)

## OPEN DATA

**51** COVID-19 und soziale Ungleichheit. Ein Befragungsprogramm des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ (T. Wöhler)

6



*Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.*



*Claudia Diehl ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Clusters.*



*Nils B. Weidmann ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft nicht-demokratischer Staaten an der Universität Konstanz und Co-Sprecher des Clusters.*

# Editorial

## LIEBE LESER\*INNEN

Als unser Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ im September 2018 bewilligt wurde, konnte niemand ahnen, dass die erste Ausgabe unseres Forschungsmagazins den Namen eines Virus tragen würde. SARS-CoV-2 hat unser Leben und unsere Forschung verändert, schon in ganz praktischer Hinsicht. Zwar konnten wir im Herbst 2020 einen Retreat auf der Insel Reichenau durchführen, aber nur mit Maske und Abstand, unter Einhaltung strenger Hygienemaßnahmen. Die zufälligen Treffen an der Kaffeemaschine und die persönlichen Diskussionen fehlen sehr. Unter den Wissenschaftler\*innen sorgen pandemiebedingte Verzögerungen für Unsicherheit. Und unsere Fellows konnten geplante Forschungsaufenthalte nur teilweise umsetzen oder mussten sie verschieben.

Aber nicht nur *wie* wir forschen, auch das *Was* hat sich durch die Pandemie verändert. Viele fragende Blicke richten sich auf die Sozialwissenschaften. Die Folgen der Pandemie sind unmittelbar relevant für Ungleichheitsfragen: Wie ungleich ist das Infektionsrisiko in der Bevölkerung verteilt? Wo hat die Pandemie Ungleichheiten verschärft, wo haben sie sich möglicherweise sogar verringert – und warum? Neben diesen zentralen Aspekten interessieren aus der Perspektive der „Politics of Inequality“ auch Unterschiede in der Akzeptanz von Corona-Maßnahmen oder die Auswirkungen der Krise auf politische Einstellungen.

Nun ändern sich in einer Krise Situation und Stimmungslage oft schnell. Daher war und ist es besonders wichtig, Forschungsergebnisse zügig zu erbringen

und zu kommunizieren. Diese sollen nicht nur aktuell, sondern auch akkurat sein: eine große Herausforderung, die wir im Cluster intensiv diskutiert haben. Glücklicherweise ist das Förderformat des Exzellenzclusters sehr flexibel. So konnten wir zeitnah auf die Situation reagieren und bei der empirischen Forschung und der Publikation der Ergebnisse wissenschaftliche Standards einhalten.

Unter anderem konnten wir rasch ein neues Befragungsprogramm konzipieren. Es nutzte die disziplinär und thematisch breite Kompetenz der Forschenden am Cluster und bündelte sie für spezifische, pandemie-relevante Fragestellungen. Die Forschungsexpertise der Clustermitglieder zu Geschlechterungleichheit, politischem Vertrauen oder sozialen Bewegungen floss in themengebundene Befragungsmodule ein. Die wichtigsten Ergebnisse wurden und werden nicht nur extern begutachtet und publiziert, sondern auch in Form von *Policy Papers* aufbereitet und verbreitet. Clustermitglieder konnten ihre Expertise in Vorträgen und einer Podiumsdiskussion auch in die Stadtöffentlichkeit einbringen: unsere Reaktion darauf, dass Konstanz im Herbst 2020 zeitweise zum Treffpunkt wissenschaftskritischer „Querdenker“ geworden war.

Das Heft, das Sie nun in Händen halten oder das Ihr auf dem Bildschirm seht, berichtet in Bild und Text davon, wie wir praktisch und wissenschaftlich mit dem Ausnahmezustand umgegangen sind. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre, sind gespannt auf Rückmeldungen und freuen uns bereits heute auf das nächste Heft – dann hoffentlich gänzlich virenfrei! /

Ihre und Eure  
MARIUS R. BUSEMEYER,  
CLAUDIA DIEHL &  
NILS B. WEIDMANN

Die vielleicht wichtigste Ressource in der Bewältigung der Coronakrise ist das Vertrauen der Bürger\*innen in den Staat und sein Handeln. Die Politik muss mit dieser Ressource umsichtig haushalten und darf sie nicht leichtfertig verspielen. *Hat die Coronakrise das Vertrauen in die Politik bereits nachhaltig beschädigt?* Oder gibt es weiterhin eine hohe Unterstützung für die Regierungspolitik wie zu Anfang der Krise? Marius R. Busemeyer, Claudia Diehl und Felix Wolter begeben sich auf Indiziensuche.

AUS UNSERER FORSCHUNG

# Stabilität in der Mitte, Erosion an den Rändern:

## *Politisches Vertrauen in der Coronakrise*

(M. R. Busemeyer, C. Diehl, F. Wolter)

Schwindet im Zuge der Pandemie das Vertrauen der Bürger\*innen in die Politik? Kritik kommt von mehreren Seiten: Manche Coronamaßnahmen wirkten widersprüchlich; Unternehmen warteten immer noch auf versprochene Corona-hilfen; die Exekutive entscheide im Alleingang, die Legislative müsse zuschauen. Gibt es also eine Vertrauenskrise? Anhand der Daten aus dem Befragungsprogramm „COVID-19 und soziale Ungleichheit“ des Exzellenzclusters untersuchen wir, ob und wie sich zwischen dem ersten und dem zweiten Lockdown 2020 das Vertrauen der Bürger\*innen in die Politik verändert hat.

Die große Mehrheit der Befragten, so unser Kernbefund, trägt den bisherigen Kurs mit: Die allermeisten Menschen haben weiterhin ein hohes Vertrauen in die Politik. Eine kleine Minderheit wendet sich allerdings von der gesellschaftlichen Mitte ab. Diese Tendenz hat sich schon vor der Coronakrise abgezeichnet, spätestens seit dem Erstarken der AfD; sie könnte sich durch die Pandemie aber noch verschärft haben.

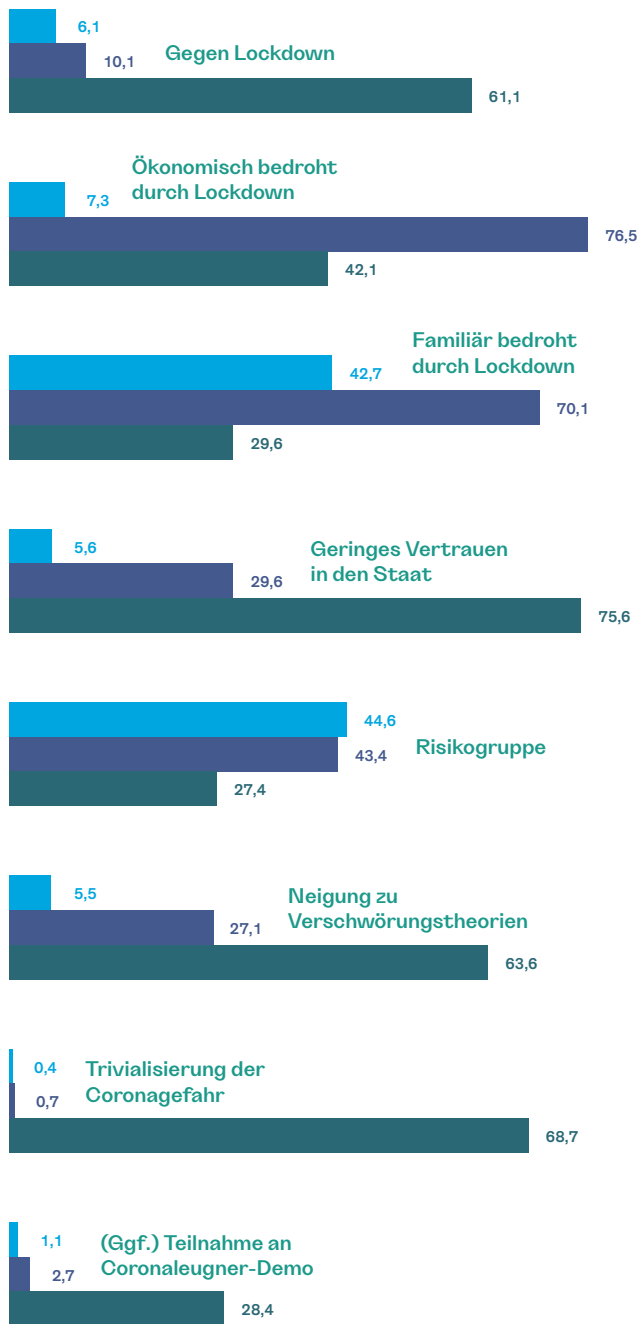


## Allgemeines Vertrauen in die politischen Institutionen und in das Gesundheitssystem

Die Politikwissenschaft unterscheidet zwischen allgemeinem und spezifischem Vertrauen in die Politik. Allgemeines politisches Vertrauen bezieht sich auf die Funktionsfähigkeit und die Legitimität von politischen Institutionen und Akteur\*innen: der Regierung, des Parlaments, der Medien, aber auch der Wissenschaft, der Gerichte oder der Polizei. Spezifisches Vertrauen hingegen meint die Einstellungen der Menschen zu konkreten Entscheidungen der Politik und ihre Zufriedenheit damit. Wie die Bevölkerung die Leistung der Regierung bei der Bewältigung der Coronapandemie bewertet, ist also ein Beispiel für spezifisches Vertrauen.

Wir haben uns nach beiden Arten von Vertrauen erkundigt. Nach ihrem allgemeinen Vertrauen in die Institutionen und Akteur\*innen befragt, zeigten sich deutliche Unterschiede: Tendenziell genießen die Wissenschaft und das Gesundheitssystem das höchste Vertrauen bei den Teilnehmenden, die sozialen Medien das geringste. Und, der vielleicht wichtigere Befund, das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen ist im Zuge der Krise nicht erkennbar gesunken: Im Mai 2020 drückten 45 Prozent der Befragten hohes Vertrauen in die Politik aus, und in der zweiten Befragungswelle vom November blieb der Wert stabil (46 Prozent). Das belegen auch andere Studien, etwa das „Integrationsbarometer“ des Sachverständigenrats Deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Zwar gibt es zwischen den Anhänger\*innen unterschiedlicher Parteien deutliche Unterschiede: So zeigt die Anhängerschaft der AfD im Gegensatz zu Unterstützer\*innen der anderen Parteien sehr wenig politisches Vertrauen. Eine generelle Vertrauenskrise in der Bevölkerung lässt sich jedoch nicht feststellen.

Das gilt auch in Bezug auf spezifisches Vertrauen der Menschen. Bereits im Mai schätzte eine relative Mehrheit der Befragten (53 Prozent) die Effizienz des Gesundheitssystems bei der Krisenbewältigung positiv ein. Dieser Anteil stieg bis November auf über 57 Prozent. Und für den Fall einer eigenen Erkrankung mit COVID-19 geht in beiden Befragungen eine stabile Zweidrittelmehrheit davon aus, im Bedarfsfall die notwendige Behandlung zu bekommen. →



- „Akzeptanzgruppe“
- „Zweifler\*innen“
- „Verschwörungstheoretiker\*innen“

**Abbildung 1: Bevölkerungsbefragung „Leben im Ausnahmezustand“, 3.201 Befragte**  
(Angaben in Prozent)

### Gesellschaftliche Spaltungslinien

Solche Durchschnittswerte sagen freilich nichts über Entwicklungen an den gesellschaftlichen Rändern aus. Wir haben die Befragungsdaten daher umfassender analysiert – auf der Grundlage von veränderlichen Einstellungen zur Pandemie, etwa der subjektiven Betroffenheit durch Eindämmungsmaßnahmen, einer persönlichen Einschätzung der Gefährlichkeit der Pandemie, der Forderung nach Lockerungen, dem Vertrauen in

den Staat etc. So haben wir drei verschiedene Untergruppen in der Bevölkerung identifiziert.

Betrachtet man sie, wird rasch klar: Wir erleben hier keine Spaltung der Gesellschaft. Viel eher gibt es einerseits einen breiten gesellschaftlichen Konsens und andererseits kommt es zu einer Erosion „an den Rändern“. Über drei Viertel der Befragten legen die Haltung „Einsicht und Akzeptanz“ an den Tag („Akzeptanzgruppe“). Bei dieser Gruppe geht hohes Vertrauen in die Politik mit prinzipieller Unterstützung der Regierungsentscheidungen einher. Die übrigen, kritischeren Befragten stellen keineswegs eine homogene Minderheit dar. Eine Gruppe von ca. 12 Prozent lässt sich mit den Stichworten „Betroffenheit, Fügung, Zweifel“ charakterisieren („Zweifler\*innen“), eine weitere, ähnlich große Gruppe mit „Trivialisierung, Verschwörung, Protest“ („Verschwörungstheoretiker\*innen“). Die Abbildung illustriert im Detail, wie sich die Charakterisierungsmerkmale auf diese drei Typen verteilen.

Knapp die Hälfte der Befragten in der „Akzeptanzgruppe“ gehört zur Risikopopulation; es gibt hier praktisch niemanden, die\* der die Coronagefahr nicht ernst nimmt. Viele derer jedoch, die Corona trivialisieren, neigen auch zu Verschwörungstheorien; mehr als ein Viertel würde an einer Demonstration gegen die Eindämmungsmaßnahmen teilnehmen oder hat dies bereits getan. Die Gruppe der „Zweifler\*innen“ fühlt sich ökonomisch und familiär von den Eindämmungsmaßnahmen bedroht, nimmt das Virus aber ernst. In dieser Gruppe hat (bisher) nur ein knappes Drittel geringes Vertrauen in den Staat. Trotz ihrer großen Betroffenheit durch die Einschränkungsmaßnahmen lehnt nur eine kleine Minderheit von ca. 10 Prozent dieser Gruppe sie ab. Aber: Auch hier glaubt ein Drittel an Verschwörungstheorien.

### Ausblick: Kommt nun doch die Vertrauenskrise?

Die Datengrundlage für unsere Ausführungen wurde vor dem Winter 2020/21 erhoben. Seither haben eine zweite, dann eine dritte Infektionswelle ihre volle Wucht entfaltet. Die Impfstrategie, der immer wieder verlängerte Lockdown ohne klare Öffnungsperspektive, die ausbleibenden Wirtschaftshilfen – dies alles hat die öffentliche Kritik an den Entscheidungen der Politik lauter werden lassen. Es ist daher durchaus möglich, dass die Unterstützung bestimmter Entscheidungen (oder Nicht-Entscheidungen) und politischer Persönlichkeiten seit Jahresbeginn 2021 deutlich zurückgegangen ist. Weiter

zunehmende Skepsis ist wohl vor allem aus der Gruppe der „Zweifler\*innen“ zu erwarten. Sie leidet stark unter den Eindämmungsmaßnahmen und ist für Verschwörungstheorien anfällig – bei dieser Gruppe ist ein gewisses Potenzial gegeben, in die Gruppe der „Verschwörungstheoretiker\*innen“ abzudriften.

Bislang sind aber keine Anzeichen eines umfassenden politischen Vertrauensverlustes erkennbar. Von Spaltung kann keine Rede sein, eher von einem breiten Konsens. Zwar fordert die für viele Bürger\*innen schwieriger werdende ökonomische und familiäre Situation diesen Konsens weiter heraus. Dennoch reagiert nur eine kleine Minderheit mit Verschwörungstheorien und einer Leugnung des Problems.

Trotz aller Kritik wendet sich die gesellschaftliche Mitte nicht von den Grundpfeilern der Demokratie ab. Als wichtige Ressource in der Krisenbewältigung sollte die Politik mit dem hohen allgemeinen politischen Vertrauen in Deutschland gut haushalten, um diese wichtige Ressource gerade bei den betroffenen „Zweifler\*innen“ nicht nachhaltig zu gefährden.

Dazu gehört als wichtigster Ansatzpunkt eine Abkehr von dem aktuell stark exekutiv getriebenen Entscheidungsstil hin zu einer stärkeren Einbindung der Legislative. Je länger die Krise andauert, desto wichtiger ist ein offener politischer Diskurs über die zu treffenden Entscheidungen – selbst wenn dieser nicht konfliktfrei verlaufen dürfte. Das Streiten um das beste Argument ist schließlich der wesentliche Kern der Demokratie. /



*Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“.*



*Claudia Diehl ist Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz und Co-Sprecherin des Clusters.*



*Felix Wolter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe für Mikrosoziologie von Claudia Diehl und Mitglied des Clusters.*



Schon zu Beginn der Coronakrise wurde befürchtet, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, insbesondere die Schließung von Schulen und Kinderbetreuungsstätten, bestehende Geschlechterungleichheiten vergrößern könnten. So warnte Jutta Allmendinger, die Präsidentin des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung in Berlin (WZB), Frauen könnten bei der Gleichstellung um 30 Jahre zurückgeworfen werden. Ein knappes Jahr später und nach Durchleben mancher Höhen und Tiefen des zweiten Lockdowns fragt sich die Forschung: Ist es wirklich so gekommen?

Wir haben dazu Daten ausgewertet, die wir im Rahmen des Befragungsprogramms „COVID-19 und soziale Ungleichheit“ des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ der Universität Konstanz im Mai und November 2020 erheben konnten. Dabei wurden die Teilnehmenden einerseits gefragt, wie sich die Krise auf Geschlechterungleichheiten bei Hausarbeit und Kinderbetreuung auswirkt. Andererseits wollten wir in Erfahrung bringen, welche Auswirkungen die Krise auf die Lebenszufriedenheit von Frauen hat, und welche Rolle Erwerbstätigkeit dabei spielt. →

Welche Auswirkungen hat die Pandemie eigentlich auf die Belastung durch Hausarbeit und Kinderbetreuung? *Wie steht es um die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern und um ihre Lebenszufriedenheit?* Zur Einschätzung ihrer Situation haben die Soziologinnen Susanne Strauß und Ariane Bertogg Frauen (und Männern) viele Fragen gestellt. Die Antworten zeichnen ein komplexes Bild.

13

AUS UNSERER FORSCHUNG

# Geschlechter- ungleichheiten *in Zeiten von Corona*

(S. Strauß, A. Bertogg)

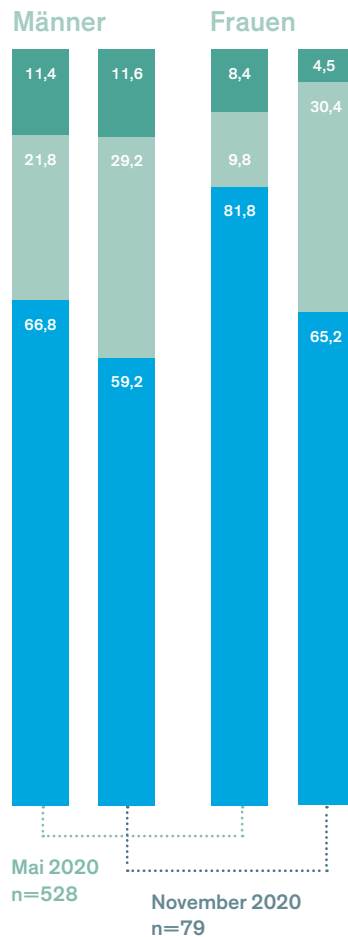
## Re-Traditionalisierung in der Krise?

In der Krise steigt die Belastung für viele Menschen (Abbildung 1). Die überwältigende Mehrheit der Befragten mit Kindern im Haushalt berichtet von einem deutlichen Anstieg des Aufwands für Kinderbetreuung während der ersten Welle der Pandemie. Frauen sind dabei stärker eingebunden als Männer. Während der zweiten Welle der Pandemie ist ebenfalls ein Anstieg des Kinderbetreuungsaufwands zu verzeichnen, möglicherweise durch das Wegfallen von Großeltern als Betreuungspersonen, allerdings sind die Geschlechterunterschiede weniger stark ausgeprägt.

**14** Für die Hausarbeit zeigt sich eine höhere Stabilität: Ungefähr die Hälfte der Befragten berichtet, dass der Aufwand gleich geblieben ist. Allerdings sind auch hier deutlich mehr Frauen unter denjenigen, die eine Mehrbelastung angeben.

Frauen haben also einen größeren Teil der unbezahlten Mehrbelastung in der Familie auffangen müssen. Hängt das womöglich damit zusammen, dass ihr Anteil am Haushaltseinkommen gleichzeitig schrumpfte, wie Verhandlungstheorien nahelegen (Abbildung 2)? Für die Beteiligung an der Hausarbeit finden wir, dass sowohl Männer als auch Frauen ihren Aufwand erhöhen, wenn ihr Beitrag zum Haushaltseinkommen gesunken ist. Im Hinblick auf die Kinderbetreuung zeigt sich jedoch, dass Frauen ihren Beitrag an der Kinderbetreuung unabhängig von der Entwicklung ihres Beitrags zum Haushaltseinkommen erhöht haben. Anders bei Männern: Ihr Beitrag zur Kinderbetreuung steigt am stärksten, wenn sich ihr Beitrag zum Haushaltseinkommen verringert hat. Erhöht sich ihr Beitrag zum Haushaltseinkommen dagegen, beteiligen sie sich nicht mehr an der Kinderbetreuung als vor der Krise.

### Kinderbetreuung



### Hausarbeit

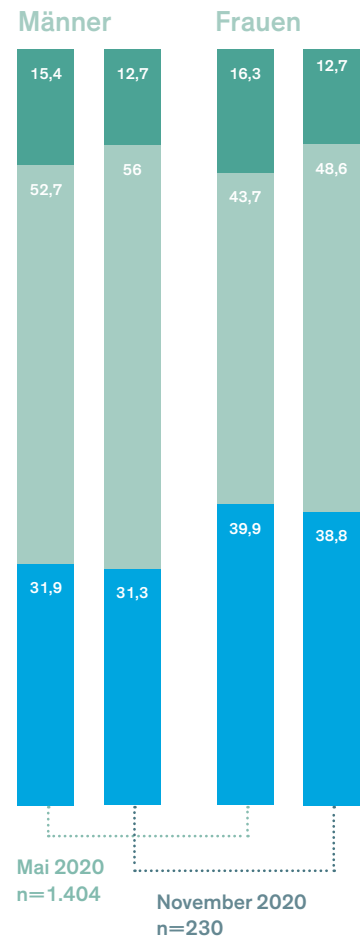
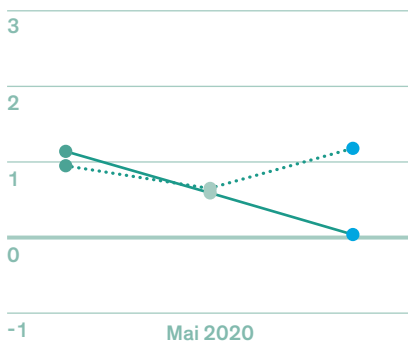


Abbildung 1: Zu- oder Abnahme der Belastung durch Hausarbeit und Kinderbetreuung im Mai und November 2020, jeweils im Vergleich zu vor der Pandemie (Angaben in Prozent, gerundet)

- Gesunkene Belastung
- Ungefähr gleiche Belastung
- Gestiegene Belastung

## Kinderbetreuung



## Hausarbeit

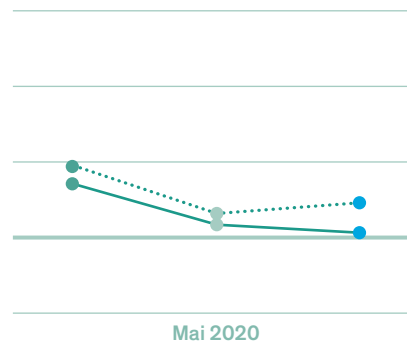


Abbildung 2: Zu- oder Abnahme des Aufwands für Kinderbetreuung und Hausarbeit in Abhängigkeit vom eigenen Beitrag zum Haushaltseinkommen

-1: moderate Abnahme,  
0: keine Veränderung,  
1: moderate Zunahme,  
2: deutliche Zunahme,  
3: sehr starke Zunahme.

Veränderung im Beitrag zum Haushaltseinkommen.

- Gesunken
- Ungefähr gleich
- Gestiegen

— Männer  
..... Frauen

### Ungleiche Belastung, ungleiche Zufriedenheit?

In der Krise verändern sich also Zuständigkeiten und Belastungen für die Geschlechter unterschiedlich. Hat das auch Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit? Frauen berichten häufiger von einer Verschlechterung der Lebensqualität im ersten Lockdown (Abbildung 3, Seite 16), der Unterschied zwischen Männern und Frauen in dieser Befragung war signifikant. In der zweiten Befragungswelle sind die Geschlechterunterschiede in der Veränderung der Lebenszufriedenheit dagegen nicht mehr zu beobachten.

Neben der Belastung durch Haushalt und Kinderbetreuung beeinflusst die individuelle Erwerbssituation die Lebenszufriedenheit. Welche Unterschiede lassen sich zwischen Vollzeit-, Teilzeit-, und Nichterwerbstätigen finden (Abbildung 4, Seite 16)? Teilzeiterwerbstätige waren insgesamt am zufriedensten während des ersten Lockdowns und am unzufriedensten während des zweiten Lockdowns. Nichterwerbstätige waren am unzufriedensten in der ersten Welle →

Abbildung 3: Veränderung der Lebenszufriedenheit im Vergleich zu vor der Pandemie (Angaben in Prozent)

### Lebenszufriedenheit

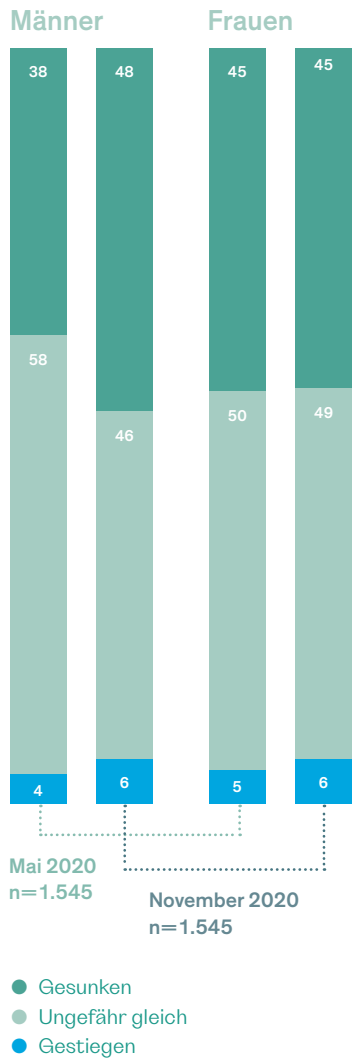
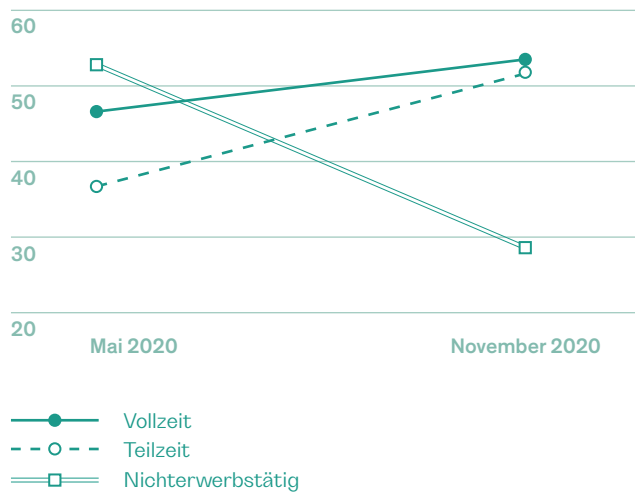


Abbildung 4: Wahrscheinlichkeit für einen Verlust an Lebenszufriedenheit im Vergleich zu vor der Pandemie (nur Frauen, n=833) (Angaben in Prozent)

### Verlust der Lebenszufriedenheit



der Pandemie, aber am zufriedensten während des zweiten Lockdowns. In Vollzeit erwerbstätige Frauen waren in beiden Wellen von einer Verschlechterung der Lebenszufriedenheit betroffen, und zwar in hohem Maße.

Was bedeutet das nun? Der „harte“ Lockdown mit der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten während der ersten Welle hat in Vollzeit erwerbstätige Frauen deutlich stärker belastet als Frauen in Teilzeit. Jedoch haben auch nichterwerbstätige Frauen darunter gelitten, dass ihr persönliches Netzwerk außerhalb der Familie eingeschränkt wurde. In der zweiten Befragung äußerten sich die nichterwerbstätigen Frauen weniger unzufrieden, vielleicht weil ihr persönliches Netzwerk zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht ganz so stark eingeschränkt war. Erwerbstätige Frauen hingegen waren höher belastet als während der ersten Welle – obwohl zum späteren Zeitpunkt Schulen und Kindertagesstätten geöffnet, und die Beschränkungen für außerfamiliäre Kontakte weniger streng waren.

### Um 30 Jahre zurückgeworfen?

Insbesondere die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten hat zu einer Verstärkung der Geschlechterungleichheiten geführt. Das betrifft naturgemäß vor allem Eltern. Frauen beteiligen sich – unabhängig von ihrem Beitrag zum Haushaltseinkommen – deutlich stärker am Mehraufwand für die Kinderbetreuung als Männer.

Darüber hinaus konnten wir auch Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit beobachten: Frauen liefen in der ersten Phase der Pandemie im Mittel eher Gefahr als Männer, dass ihre Lebensqualität sank. Insbesondere in Vollzeit erwerbstätige Mütter waren in dieser Phase der Pandemie durch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten schwer belastet. Allerdings bedeuten Kontaktbeschränkungen auch einen Einschnitt in die Lebensqualität Nichterwerbstätiger, weil sie oft weniger ausgeprägte außerfamiliäre Netzwerke haben.

In der zweiten Erhebungswelle im November 2020 haben wir weniger deutliche Geschlechterunterschiede gefunden. Allerdings wurden diese Daten zu Beginn des „Lockdown light“ erhoben, als zunächst auf eine Schließung von Schulen und Kindertagesstätten verzichtet wurde. Inzwischen

hat sich die Situation natürlich weiterentwickelt: So wurden sehr lang anhaltende Schließungen durchgeführt und zwischenzeitlich teilweise auch wieder aufgehoben. Eine weitere Befragung in der ersten Jahreshälfte 2021 wird daher aufschlussreich sein, um die langfristigen Belastungen in der Pandemiesituation besser zu verstehen.

Sind die Muster, die wir bisher beobachten konnten, längerfristiger Natur? Wird die Gleichstellung tatsächlich um 30 Jahre zurückgeworfen? Ob Jutta Allmendingers Warnung sich bestätigt, muss sich erst noch zeigen. Wir haben hier nach der Wahrnehmung und Selbsteinschätzung der Betroffenen gefragt, die objektiv nur schwer nachzuprüfen ist. Sicher ist aus Sicht der von uns Befragten aber: Frauen empfinden Ihre Belastung durch die Krise anders und härter als Männer. In diesem Sinne hat die Pandemie die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bereits jetzt verschärft. /



*Ariane Bertogg ist Soziologin und Postdoctoral Fellow am Zukunftskolleg der Universität Konstanz. Sie forscht zu Familie, Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat.*



*Susanne Strauß ist Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Gender Studies und PI des Clusters.*

# Freiwilligkeit oder Zwang? *Wie die Politik die Menschen dazu bewegen kann, sich an die Corona- maßnahmen zu halten* (K. Schmelz)

18

Aufgewachsen im Sperrgebiet der DDR an der Grenze zum Westen, direkt neben dem sogenannten „Todesstreifen“ mit seinen streng bewachten Doppelzäunen und Minenfeldern, habe ich mich immer gefragt, was die Erfahrung einer so drastischen Freiheitseinschränkung und Überwachung mit den Menschen macht. Als Deutschland im März 2020 in den ersten Lockdown ging, wollte ich deshalb wissen: Werden Ost- und Westdeutsche unterschiedlich auf die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 reagieren?

Mein ursprünglicher Gedanke entwickelte sich zu einer größeren Fragestellung. Als unser Cluster „The Politics of Inequality“ die Fragen für eine Ad-hoc-Befragung zum Thema COVID-19 sammelte, konnte ich meiner Neugier freien Lauf lassen: Wie sollten Regierungen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie vorgehen? Sollten sie auf Zwangsmaßnahmen setzen? Oder eher auf das Verantwortungsbewusstsein und die freiwillige Kooperation der Menschen vertrauen?

Im besten Falle leisten alle Bürger\*innen ihren Beitrag zur Eindämmung der Pandemie. Doch es gibt immer Menschen, die selbst keinen Beitrag leisten und dennoch von der Kooperation anderer profitieren. Um die Motivation aufrechtzuerhalten, ist es daher offensichtlich notwendig, dass bestimmte

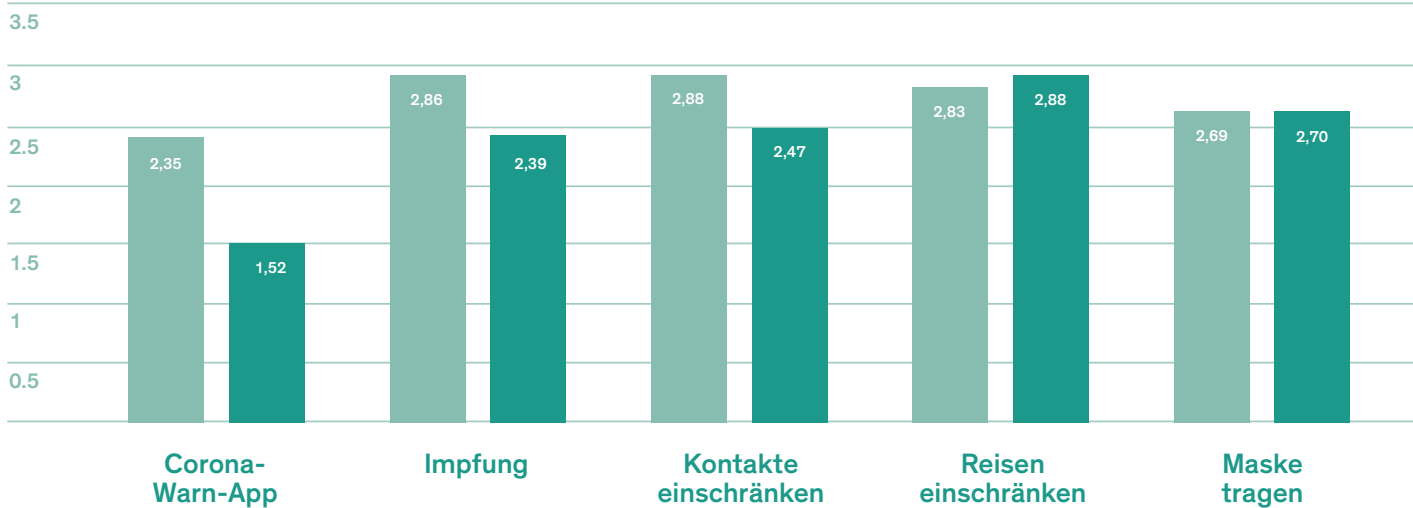
Regeln für alle verpflichtend sind. Andererseits kann Zwang jedoch die Eigenmotivation verringern – ein Phänomen, das als „Kontrollaversion“ bezeichnet wird. Mitunter sind Menschen zwar intrinsisch motiviert, aber Zwang oder Kontrolle von außen zerstören das freiwillige Engagement.

Diese zwei gegenläufigen Auswirkungen von Zwang auf die Motivation habe ich im Hinblick auf Corona-Warn-App, Impfungen, Kontaktbeschränkungen, Reisebe-

schränkungen und das Tragen von Masken untersucht. Sind die Menschen eher einverstanden, sich selbst an diese Maßnahmen zu halten, wenn sie freiwillig sind (aber von der Regierung dringend empfohlen werden)? Oder vielmehr dann, wenn sie verpflichtend sind und kontrolliert werden? Das habe ich in der Befragung eines repräsentativen Ausschnitts der deutschen Bevölkerung gegen Ende des ersten Lockdowns analysiert. →

*Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht im öffentlichen Raum, eine „Corona-Warn-App“ zur Eindämmung von Infektionsketten* – die Methoden zur Pandemiebekämpfung sind vielfältig. Doch das Einführen von Maßnahmen allein genügt nicht. Die Menschen müssen auch dazu bewegt werden, sich an die Vorgaben zu halten. Die Psychologin und Verhaltensökonomin Katrin Schmelz untersucht die Akzeptanz von freiwilligen und obligatorischen Coronamaßnahmen und entdeckt den überraschenden Einfluss ostdeutscher Biografien.





- wenn freiwillig
- wenn verpflichtend

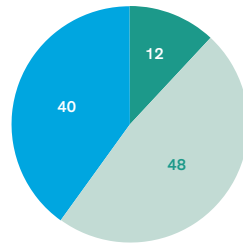
Abbildung 1: Durchschnittliches Einverständnis, eine Maßnahme einzuhalten, wenn diese freiwillig bzw. verpflichtend ist

Skala von 0 („überhaupt nicht einverstanden“) bis 4 („voll und ganz einverstanden“)

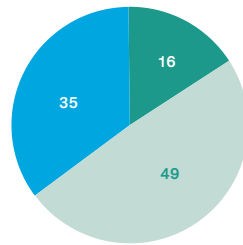
20

### Die Pflicht zur Einhaltung einer Maßnahme erhöht das Einverständnis nicht

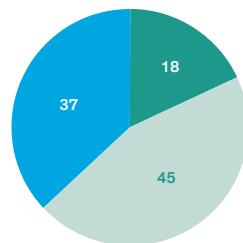
Die Antworten zeichnen ein deutliches und aus meiner Sicht positives Bild: Wie Abbildung 1 zeigt, ist die Bereitschaft, sich freiwillig an die Maßnahmen zu halten, bei vielen Menschen in allen fünf Bereichen relativ hoch. Die Verpflichtung zur Nutzung einer Kontaktverfolgungs-App, zur Einschränkung persönlicher Kontakte oder zur Impfung verringert dagegen die Akzeptanz solcher Maßnahmen. Erzwungene Reisebeschränkungen oder eine Maskenpflicht sind offenbar leichter zu akzeptieren, aber die freiwillige Zustimmung in diesen Bereichen ist nahezu identisch. In keinem Bereich unterstützen die Menschen eine erzwungene Maßnahme mehr als eine freiwillige Maßnahme. Doch wie kommt es zu diesen Durchschnittswerten?



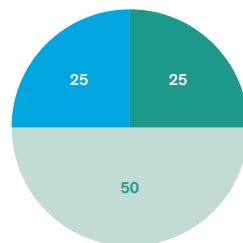
**Corona-Warn-App**



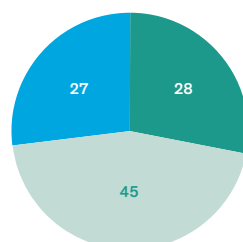
**Impfung**



**Kontakte einschränken**



**Reisen einschränken**



**Maske tragen**

**Abbildung 2: Reaktionen auf verpflichtende versus freiwillige Maßnahmen**  
(Angaben in Prozent)

- positiv
- neutral
- negativ

### Kontrollaversion, insbesondere bei Corona-Warn-App und Impfungen

Die deutlich niedrigere

Zustimmung zu obligatorischen Maßnahmen lässt sich damit erklären, dass viele Menschen eine „Kontrollaversion“ haben: Zwang wirkt sich negativ auf ihre Eigenmotivation aus. Entsprechend ist ihr Einverständnis mit verpflichtenden Maßnahmen geringer als mit freiwilligen. Wie die blau markierten Segmente in Abbildung 2 zeigen, spielt diese Kontrollaversion bei allen Maßnahmen eine Rolle. Am stärksten ausgeprägt ist sie bei Corona-Warn-App, Impfungen und Kontaktbeschränkungen: Mehr als ein Drittel der Befragten zeigt Widerstand gegen diese Maßnahmen, wenn sie verpflichtend sind.

Doch es findet sich auch die entgegengesetzte Reaktion: Einige reagieren positiv auf Kontrolle, das heißt ihre Zustimmung ist unter Verpflichtung größer als unter Freiwilligkeit. Diese Reaktion ist jedoch seltener als eine Kontrollaversion und variiert auch zwischen den Bereichen (dunkelgrüne Segmente). Zusammengefasst zeigt rund die Hälfte der Bevölkerung eine Reaktion auf Kontrolle (positiv oder negativ), während die andere Hälfte neutral gegenüber der (Nicht-)Durchsetzung ist. Das heißt, die Hälfte der Bevölkerung unterstützt eine Maßnahme (oder auch nicht) unabhängig davon, ob diese freiwillig oder verpflichtend ist (hellgrüne Segmente). →

## Menschen mit DDR-Erfahrung zeigen weniger Widerstand gegen Zwang

Wie verhält es sich nun mit Ost- und Westdeutschen? Die Anti-Corona-Protteste in Ostdeutschland haben für reichlich Diskussion gesorgt (wobei es solche Demonstrationen auch im Westen und sogar hier in Konstanz gab). Man könnte deshalb Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen hinsichtlich einer Kontrollaversion erwarten.

Bei der Auswertung der Studienergebnisse bekam ich Gänsehaut: Auch drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung zeigen Menschen, die das DDR-Zwangsregime noch selbst erlebt haben, heute tatsächlich weniger Widerstand gegenüber Zwangsmaßnahmen zur Coronabekämpfung als Westdeutsche. Mehr noch: Je länger die Befragten die DDR-Regierung erlebt haben, desto weniger Kontrollaversion zeigen sie – ein eindrucksvolles Beispiel für die langanhaltenden Effekte politischer Ungleichheiten. Selbst wenn ein autokratisches Regime längst verschwunden ist, zeigt sich bei seinen ehemaligen Bürger\*innen, wie sehr sie ihre Strategien zum Umgang damit bis heute verinnerlicht haben.



↑ Schriftzug an der Fassade des Kino International in Berlin Mitte. Es wurde 1963 eröffnet und diente in der DDR bis 1990 als Premierenkino.



*Katrin Schmelz ist Verhaltensökonomin und Psychologin am Lehrstuhl für Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Konstanz und am Thurgauer Wirtschaftsinstitut.*

Staatlicher Zwang löst bei älteren Ostdeutschen in allen Bereichen deutlich weniger Widerstand aus als bei älteren Westdeutschen – außer beim Tragen von Masken. Ich denke, dies lässt sich mit dem Effekt erklären, einem Phänomen lediglich ausgesetzt zu sein (Mere-Exposure-Effekt): Wer vor 1990 in Ostdeutschland aufgewachsen ist, hat Erfahrung mit allgegenwärtiger Überwachung, mit Impfpflicht und Bewegungseinschränkungen. Das Tragen von Masken hingegen ist etwas eher Exotisches, mit dem weder Ost- noch Westdeutsche vor Beginn der Pandemie Erfahrungen gemacht haben.

Viele Menschen – darunter auch viele Journalist\*innen – sind von diesen Ost-West-Unterschieden überrascht und finden sie kontraintuitiv. Wie lässt sich die höhere Akzeptanz staatlicher Kontrolle unter Ostdeutschen erklären? Und was ist mit all den Anti-Corona-Demos im Osten? In meinen Daten betrifft der Ost-West-Unterschied hauptsächlich die älteren Generationen. Und diese nehmen in der Regel weniger an Demonstrationen teil.

### **Kommen wir mit Freiwilligkeit besser durch die Pandemie?**

Ich bin oft gefragt worden: „Sollte die Regierung angesichts Ihrer Befunde eher auf Freiwilligkeit setzen als auf Zwang?“ Auch auf die Gefahr hin, das Klischee der Sozialwissenschaftlerin zu bedienen, lautet meine Antwort: „Kommt drauf an.“

Eine Maskenpflicht beispielsweise lässt sich relativ leicht durchsetzen und löst nach meinen Daten auch keinen nennenswerten Widerstand aus. Gleichzeitig wäre Freiwilligkeit bei der Maske wahrscheinlich ziemlich ineffektiv, da zu viele Menschen sich nicht daran halten würden. Maskenpflicht ist daher ein sinnvoller Ansatz.

Anders sieht es bei den Impfungen aus. Etwa zwei Drittel der Befragten gaben an, sich freiwillig impfen zu lassen, was zum Erreichen der Herdenimmunität ausreichend sein könnte. Eine Impfpflicht jedoch würde heftigen Widerstand auslösen und ist somit keine Strategie, die ich befürworte. Auch wenn ich persönlich nichts dagegen hätte, da sich eine Impfpflicht für mich als Ostdeutsche sehr natürlich anfühlt. /

## PUBLIZIERT

Veröffentlichungen aus dem Cluster  
(Auswahl, erschienen Oktober 2020 – März 2021)

24



← **Stefanie Bailer, Christian Breunig, Nathalie Giger, Andreas M. Wüst** (2021)  
The Diminishing Value of Representing the Disadvantaged: Between Group Representation and Individual Career Paths. *British Journal of Political Science*.  
<https://doi.org/10.1017/S0007123420000642>

**Ariane Bertogg, Susanne Strauß, Leen Vandecasteele** (2021)  
Linked Lives, Linked Retirement? Relative Income Differences within Couples and Gendered Retirement Decisions in Europe. *Advances in Life Course Research* 47. <https://doi.org/10.1016/j.alcr.2020.100380>

**Nils-Christian Bormann, Yannick I. Pengl, Lars-Erik Cederman, Nils B. Weidmann** (2021)  
Globalization, Institutions and Ethnic Inequality. *International Organization*.  
<https://doi.org/10.1017/S0020818321000096>

**Wolfgang Dauth, Sebastian Findeisen, Jens Suedekum, Nicole Woessner** (2021)  
The Adjustment of Labor Markets to Robots. *Journal of the European Economic Association*.  
<https://doi.org/10.1093/jeea/jvab012>

**Claudia Diehl, Elisabeth Liebau, Peter Muehlau** (2021)  
“How Often Have You Felt Disadvantaged?” Explaining Perceived Discrimination. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*.  
<https://doi.org/10.1007/s11577-021-00738-y>

**Katharina Hecht, Kate Summers** (2020)  
The Long and Short of It: The Temporal Significance of Wealth and Income. *Social Policy & Administration*. <https://doi.org/10.1111/spol.12654>



← **Nevena Kulic, Giulia Dotti Sani, Susanne Strauß, Luna Bellani** (2020)  
Economic Disturbances in the COVID-19 Crisis and their Gendered Impact on Unpaid Activities in Germany and Italy. *European Societies* 23:1, 400-416. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1828974>

**Dirk Leuffen, Julian Schuessler, Jana Gómez Díaz** → (2020)  
Public Support for Differentiated Integration: Individual Liberal Values and Concerns about Member State Discrimination. *Journal of European Public Policy*. <https://doi.org/10.1080/13501763.2020.1829005>



**Stephan E. Maurer, Andrei V. Potlogea** (2021)  
Male-Biased Demand Shocks and Women's Labour Force Participation: Evidence from Large Oil Field Discoveries. *Economica* 88, 167-188.  
<https://doi.org/10.1111/ecca.12341>

News

**Nils Röper (2020)**

Between Substantive and Symbolic Influence: Diffusion, Translation and Bricolage in German Pension Politics. Review of International Political Economy. <https://doi.org/10.1080/09692290.2020.1790405>

↓ **Katrin Schmelz (2021)**

Enforcement May Crowd out Voluntary Support for COVID-19 Policies, Especially Where Trust in Government Is Weak and in



a Liberal Society. Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 118:1. <https://doi.org/10.1073/pnas.2016385118>

**Tobias Tober,****Marius R. Busemeyer (2020)**

Breaking the Link? How European Integration Shapes Social Policy Demand and Supply. Journal of European Public Policy. <https://doi.org/10.1080/13501763.2020.1824010>

**Promotionsstudium in der Ungleichheitsforschung**

In Ungleichheit promovieren? Das geht in Konstanz: Die neu etablierte Graduate School of the Social and Behavioural Sciences (GSBS) macht es möglich. Das deutschlandweit einzigartige Promotionsprogramm bringt die Breite der Sozial- und Verhaltenswissenschaften zusammen, mit Spezialisierungen in „Collective Behaviour“, „Decision Sciences“ – und „Inequality“.

Die Fächer und Felder der Ungleichheitsforschung gehen an der GSBS eine interdisziplinäre Verbindung ein, bei fester Verankerung in den Disziplinen. Promotionsstudierende des Clusters bekommen ein hochkarätiges Kursangebot – im vergangenen Wintersemester boten neben zahlreichen Cluster-PIs auch unsere Gäste Rogers Brubaker (University of California, Los Angeles), Fabian Pfeffer (University of Michigan) und Richard Traunmüller (Universität Mannheim) Lehrveranstaltungen an. Promovierendenstellen werden für 1 + 3 Jahre besetzt und ermöglichen so bereits in der Promotionsphase intensive Forschungsarbeit, Methodenausbildung und Training auf internationalem Niveau.

Gemeinsam mit unseren Kolleg\*innen vom zweiten Konstanzer Exzellenzcluster, dem „Center for the Advanced Study of Collective Behaviour“, ist so unter dem Dach der Graduate School ein inspirierendes und attraktives Umfeld für Promovierende entstanden.

Detaillierte Informationen über die GSBS finden sich online unter: <https://www.gsbs.uni-konstanz.de/>

# AUSGEZEICHNET

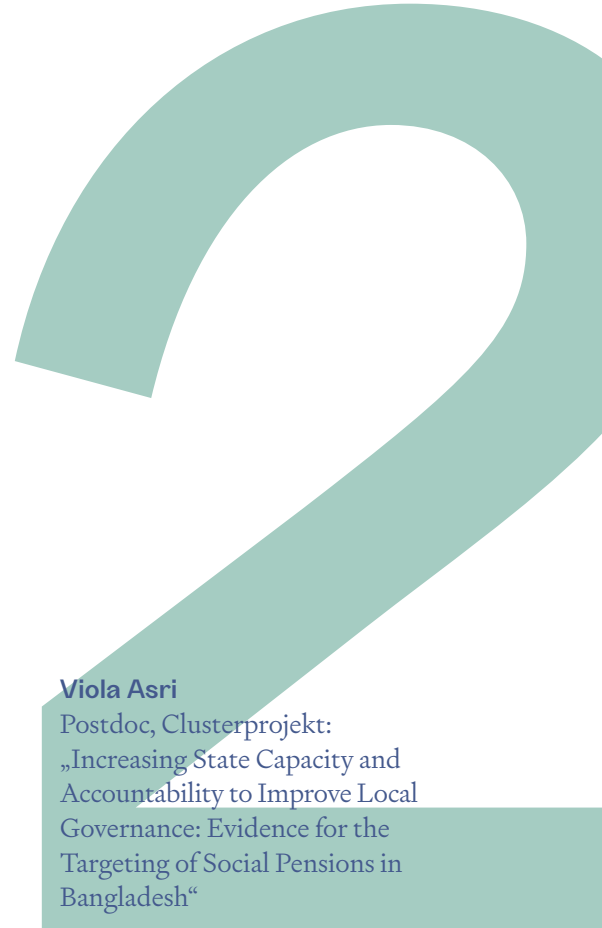
*Ehrungen, Mitgliedschaften, Rufe und Preise für  
Personen aus dem Cluster (Oktober 2020 – März 2021)*

**Prof. Dr. Miriam Butt** wurde am 25. Februar 2021 von der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS) zur 1. Vorsitzenden gewählt.

**Prof. Dr. Katharina Holzinger** erhielt am 24. Februar 2021 von der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer, ihre offizielle Ernennungs-urkunde zur neuen Rektorin der Universität Konstanz. Sie war am 9. Dezember 2020 in dieses Amt gewählt worden.

**Jun-Prof. Dr. Sebastian Koos** wurde am 26. November 2020 von der Präsidentin des Bayerischen Landtags in das neugeschaffene „Forum Antworten“ berufen. Das Expertengremium berät den Landtag zum Umgang mit Verschwörungstheorien und „Fake News“.

**Prof. Dr. Stephan Schumann** wurde am 4. Februar 2021 von der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Dr. Susanne Eisenmann, in den Wissenschaftlichen Beirat ihres Ministeriums berufen, um dem Beirat seine Expertise für digitale Lehr-Lern-Formate zur Verfügung zu stellen.



## **Viola Asri**

Postdoc, Clusterprojekt:  
„Increasing State Capacity and Accountability to Improve Local Governance: Evidence for the Targeting of Social Pensions in Bangladesh“

## **Luna Bellani**

PI, Forschungsgruppenleitung:  
„The Politics of Intergenerational Mobility: The Role of Preferences, Perceptions and Attitudes“

## **Kumar Biswas**

Independent Doctoral Fellow

## **Benita Combet**

Vertretungsprofessur für  
Prof. Dr. Thomas Hinz

## **Amber Griffioen**

Managing Office,  
Early Career Coordination

## **Katharina Hecht**

Postdoctoral Research Fellow

# ANGEKOMMEN

*Neue Clustermitarbeiter\*innen und PIs  
(Oktober 2020 – März 2021)*

27

## **Anna-Lena Hönig**

Postdoctoral Researcher, Research Group: „Communication, Networks and Contention“

## **Alexander Horn**

PI, Leiter Emmy-Noether-Gruppe: „Varieties of Egalitarianism: Mapping the Politics of Inequality with Online Crowdcoding“

## **Moath Hussien**

Doctoral Student, Clusterprojekt: „Selection into Leadership and Perceptions of Inequality: The Case of Consistency“

## **Billy Kalima**

Postdoctoral Research Fellow

## **Eda Keremoğlu**

PI, Co-Leitung Clusterprojekt: „Perceptions of Inequality in a Socialist Dictatorship: Evidence from the German Democratic Republic“

## **Philipp Kling**

Managing Office, Research and Data Management

## **Benjamin Korman**

Postdoc, Clusterprojekt: „Integration at Work“

## **Thomas Kurer**

PI, Forschungsgruppenleitung: „The Politics of Labor Market Inequality and Occupational Mobility“

## **Ann Sophie Lauterbach**

Doctoral Student, Clusterprojekt: „Digitalization, Automation and the Future of Work in Post-Industrial Welfare States“

## **Ulrich Leicht-Deobald**

Vertretungsprofessur für Prof. Dr. Florian Kunze

## **Thomas Malang**

Vertretungsprofessur für Prof. Dr. Dirk Leuffen

## **Elisabeth Musch**

Vertretungsprofessur für Jun.-Prof. Dr. Christina Zuber

## **Oliver Schlenker**

Doctoral Student, Clusterprojekt: „Digitalization, Automation and the Future of Work in Post-Industrial Welfare States“

## **Patrick Sullivan**

Independent Doctoral Fellow

## **Gerlinde Theunissen**

Independent Doctoral Fellow

## **Tobias Tober**

Postdoc, Clusterprojekt: „Digitalization, Automation and the Future of Work in Post-Industrial Welfare States“

## **Patrick Zwerschke**

Postdoc, Clusterprojekt: „Perceptions of Inequality in a Socialist Dictatorship: Evidence from the German Democratic Republic“



**08.–10.  
06.2021**  
Progressive Governance  
Digital Summit 2021

28



**06.–08.  
04.2022**  
Cluster-Konferenz  
Bodenseeforum,  
Konstanz

News

**Cluster Colloquium im  
Sommersemester 2021**

**18.05.**  
**Markus Gangl**  
„Is Rising Inequality a  
Threat to Democracy?  
Some Analytical  
and Empirical Obser-  
vations Towards a  
Middle-Range Theory  
of Democratic Trust“

**06.07.**  
**Benita Combet**  
„Gender Segregation  
in Fields of Study.  
Analysing the Role of  
„Gender-Essentialist  
Preferences“ with  
a Choice Experiment“

**25.05.**  
**Armin Schäfer**  
„When Representa-  
tion Fails. Unequal  
Responsiveness and  
the Populist Revolt“

**13.07.**  
**Simon Weschle**  
„Moonlighting  
Legislators“

**08.06.**  
**Christian Dustmann**  
„Labor Markets and  
Inequality“

**20.07.**  
**Kathrin Zippel** „What  
Do We Say When We  
Talk about ‘Women  
in Science’? Framing  
Problems and Policy  
Solutions in Germany,  
the EU and US“

**15.06.**  
**Richard Traunmüller**  
„Is Free Speech in  
Danger on University  
Campus?“

**Dienstags,  
11:45 – 13:15 Uhr  
(online)**

**22.06.**  
**Nils-Christian  
Bormann** „Political  
and Economic Group  
Inequalities in India“

**29.06.**  
**Johannes Karremans**  
„Responsiveness and  
Responsibility in the  
Eurozone between  
2008 and 2020:  
A Comparative Study  
of Budget Speeches“

*Das vollständige Programm und Teil-  
nahmeinformationen für das Cluster  
Colloquium finden sich unter: [https://  
inequality.uni.kn/cluster-colloquium](https://inequality.uni.kn/cluster-colloquium)*

TERMINIERT

# Der Cluster & seine Mitglieder in den Medien.

(Auswahl, Oktober 2020 – März 2021)

## VIELBEACHTET

### Benita Combet

„Bildungspolitik – der Weg zu mehr Chancengleichheit“, von Daniel Oesch (Neue Zürcher Zeitung, 02. März 2021)

### Christian Breunig

„Vielfalt im Bundestag: Beim besten Willen“, von Bernd Kramer (Süddeutsche Zeitung, 01. März 2021)

### Florian Kunze

„Arbeitnehmer loben Arbeitgeber“, von Dietrich Creutzburg (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Februar 2021)

### Marius R. Busemeyer

„Corona stresst die Demokratie“ (Deutsche Welle, 28. Januar 2021)

### Peter Selb

„Für einen Fünfer pro Download wären die Nutzer dabei“, von Jörg Breithut (Spiegel Online, 22. Januar 2021)

### Sebastian Koos

„Großes bürgerliches Lager, das nicht originär demokratiefeindlich ist“, von Matthias Kamann (Welt, 18. Januar 2021)

### Daniel Thym

„Wie Flüchtlinge zum Sicherheitsrisiko gemacht werden“, von Benjamin Dierks (Deutschlandfunk, 17. Januar 2021)

### Claudia Diehl

„Ankommen im Lockdown“, von Birgit Leyendecker und Claudia Diehl (FAZ, 07. Januar 2021)

### Katrin Schmelz

„Studie: Besser ohne Zwang durch die Pandemie“, von N.N. (Zeit Online, 22. Dezember 2020)

### Claudia Diehl

„Wie Querdenker Misstrauensgesellschaften bilden“, von N.N. (Welt, 14. Dezember 2020)

### Nils Röper

„Finanzmärkte bestimmen zunehmend die Altersvorsorge – was zu tun ist“, von Nils Röper (Der Tagesspiegel, 05. November 2020)

### Anke Hoeffler

„US-Amerikaner wollen den Impfstoff zuerst. Zur weltweiten Online-Umfrage ‚Leben mit Corona‘“, von Miray Caliskan (Berliner Zeitung, 22. Oktober 2020)

IM GESPRÄCH

# Fellow während der Coronakrise.

## 30 *Interview mit Peter Thisted Dinesen* (Gespräch: P. Töbelmann)

↓ Peter Thisted Dinesen

Peter Thisted Dinesen ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kopenhagen. *Er erforscht die Herausbildung sozialer und politischer Einstellungen.* Von September bis Dezember 2020 war er External Senior Fellow am Cluster. Im Interview berichtet er von seinen Erfahrungen, den Auswirkungen der Coronakrise auf seine Arbeit und davon, welche Rolle den Sozialwissenschaften während der Pandemie zukommt.



*IN\_EQUALITY Aktuell ist es nicht leicht zu reisen und Kolleg\*innen zu treffen. Nur wenige Wochen nach Ihrer Ankunft in Konstanz gingen die Infektionszahlen wieder nach oben. Wären Sie lieber in Dänemark geblieben?*

PETER THISTED DINESEN Überhaupt nicht. Tatsächlich hatte ich in Konstanz, wo ich jeden Tag ins Büro gehen konnte, einen viel normaleren Arbeitsalltag, als wenn ich zu Hause geblieben wäre, wo mein Fachbereich coronabedingt seit Oktober geschlossen war. Mein Aufenthalt in Konstanz war toll und sehr produktiv. Ich habe hervorragendes Feedback zu meiner Arbeit bekommen, konnte neue berufliche Kontakte knüpfen und hatte viel mehr Zeit, „in die Tiefe zu gehen“ als gewöhnlich. Davon träumt man als Wissenschaftler. Mir hat wirklich nichts gefehlt.

*Was nehmen Sie nach drei Monaten als Senior Fellow mit?*

Ja, auf jeden Fall. Am Cluster gab es einfach eine gute Stimmung und eine großartige Energie. Man hat den Eindruck, dass alle extrem engagiert zusammenarbeiten, um die ambitionierten Ziele des Clusters zu erreichen. Ich muss →

auch sagen, dass mich sehr beeindruckt hat, wie gut alles hier funktioniert – die wissenschaftliche genauso wie die organisatorische Seite. Was die Forschung betrifft, habe ich zu meinem eigenen Projekt über die Folgen lokaler wirtschaftlicher Ungleichheit sehr wertvollen Input erhalten. Nach meinem Vortrag im Cluster-Colloquium sind zahlreiche Leute zu mir ins Büro gekommen oder haben mir per E-Mail Feedback geschickt. Diese Art von Engagement ist sehr besonders, finde ich.

**32** *Die Fellowship-Programme des Clusters sollen Zusammenarbeit und Austausch fördern. War das unter diesen besonderen Umständen überhaupt möglich?*

Ich denke, der kritische Input, den ich bekommen und hoffentlich auch gegeben habe, ist ein wichtiges Beispiel dafür. So etwas hilft uns Forschenden, unsere Argumente zu schärfen und letztlich unsere Forschung zu verbessern. Ich habe mit Clustermitgliedern über verschiedene Ideen zur Zusammenarbeit gesprochen. Auch wenn sich daraus bislang noch kein konkretes Projekt ergeben hat, können sich nach meiner Erfahrung die Kontakte, die ich hier geknüpft habe, in der Zukunft noch als sehr produktiv erweisen. Ich kann mir also gut vorstellen, dass mein Aufenthalt den Nährboden für spätere Projekte bildet.

*Wie hat die Coronakrise Ihre Arbeit beeinflusst – während Ihrer Zeit in Konstanz und darüber hinaus?*

Corona ist ein einmaliges kollektives Ereignis. Wie die vieler anderer hat es auch meine Arbeit und meine Forschungsagenda beeinflusst – die Krise wirft einfach so viele interessante und wichtige Fragen auf! Ich denke, viele in der Wissenschaft verspüren den Drang, zu unserem kollektiven Verständnis der Pandemie und ihrer Auswirkungen einen Beitrag zu leisten – auch wenn es nur ein kleiner ist.

Bei mir persönlich hat die Pandemie meinen normalen Arbeitsalltag unterbrochen und mich zur Aufgabe etlicher Pläne gezwungen. Das war nicht ideal. Gleichzeitig bin ich mir vollkommen bewusst, dass ich im Vergleich zu anderen sehr

Viele  
Wissenschaftler  
verspüren  
den Drang,  
einen  
Beitrag  
zu leisten.

privilegiert bin. Zum Beispiel habe ich einen Job, der es mir erlaubt, von zu Hause aus zu arbeiten. Dadurch verfüge ich über mehr Flexibilität als andere. Trotzdem freue ich mich natürlich auf die Zeit, wenn wir die Pandemie endlich überwunden haben.

*Wissenschaftliche Erkenntnisse bekommen plötzlich eine nie dagewesene Aufmerksamkeit in den Medien. Laien streiten über die Bedeutung dieser oder jener Studie, in der Tageszeitung liest man Fachjargon, und Forschende aus den Lebenswissenschaften bekommen so viel Sendezeit wie hochrangige Politiker\*innen. Welchen Beitrag können die Sozialwissenschaften im Allgemeinen und die Ungleichheitsforschung im Besonderen in diesen Zeiten leisten?*

Ich denke, wir können einen großen Beitrag leisten – und ich glaube auch, das tun wir bereits! Von den gesundheitlichen Folgen einmal abgesehen, gibt es ein großes Bedürfnis, die allgemeineren Auswirkungen der Pandemie auf die Gesellschaft zu verstehen. Halten sich die Menschen an die staatlichen Einschränkungen und Empfehlungen zur Eindämmung des Virus? Entscheiden sie sich für eine Impfung? Führt die Pandemie zur Aushöhlung politischer Freiheiten zugunsten von Sicherheit? Werden die Lockdowns bestehende Ungleichheiten in Bezug auf Wirtschaft, Bildung, Politik und Gesundheit weiter verschärfen? Die Fragen nehmen gar kein Ende! Ich würde sagen, heute ist mehr denn je geboten, dass sich die Sozialwissenschaft im öffentlichen Diskurs Gehör verschafft.

*Ihre Arbeit beschäftigt sich unter anderem mit sozialem Vertrauen. Im Angesicht einer globalen Pandemie haben zuletzt Gesellschaften in aller Welt entdeckt oder wiederentdeckt, wie wertvoll dieses Gut ist. Was denken Sie: Gibt es heute mehr oder weniger Vertrauen?*

Das ist eine höchst interessante Frage! Ich habe seit Beginn der Pandemie in Dänemark Daten erhoben und diese mit früheren Messungen verglichen. Wie es aussieht, hat es beim Vertrauen zu Menschen, die wir nicht kennen, kaum Veränderungen gegeben. Soweit ich weiß, wird dieses Muster auch in anderen Ländern beobachtet. Es ist auch nicht sonder-

lich überraschend, denn wir wissen, dass soziales Vertrauen sich nur sehr langsam verändert.

Meine These dazu lautet: Es gibt zwei gegenläufige Dynamiken, die sich während der Pandemie gegenseitig neutralisieren. Wir wissen, dass der persönliche Austausch mit anderen Menschen das soziale Vertrauen erhöht; Gleiches gilt für das Vertrauen in staatliche Institutionen. Sozialer Austausch findet während der Pandemie offensichtlich weniger statt, während das Vertrauen in staatliche Institutionen gestiegen ist: ein typischer Ausdruck von Geschlossenheit in Zeiten der Krise. Die Nettoänderung könnte dadurch einfach bei Null liegen. Das ist natürlich nur Spekulation, aber wer weiß? Als Wissenschaftler bin ich vielleicht irgendwann in der Lage, dies empirisch zu überprüfen.

33

*Gibt es irgendetwas, das Sie zukünftigen Cluster-Fellows mitgeben möchten – eine Warnung vielleicht oder einen Rat?*

Einen Stupser: Tut euch selbst einen Gefallen und bewirbt euch um ein Fellowship! Und vielleicht noch ein Profi-Tipp: Im „Laib und Seele“ auf der Reichenau gibt es die leckersten Torten. Dafür lohnt sich die kleine Radtour allemal. Und die herrliche Umgebung gibt's als Bonus obendrauf. /



*Florian Kunze ist Professor für Organizational Studies an der Universität Konstanz und PI des Clusters.*

34

SOZIALFORSCHUNG VISUELL

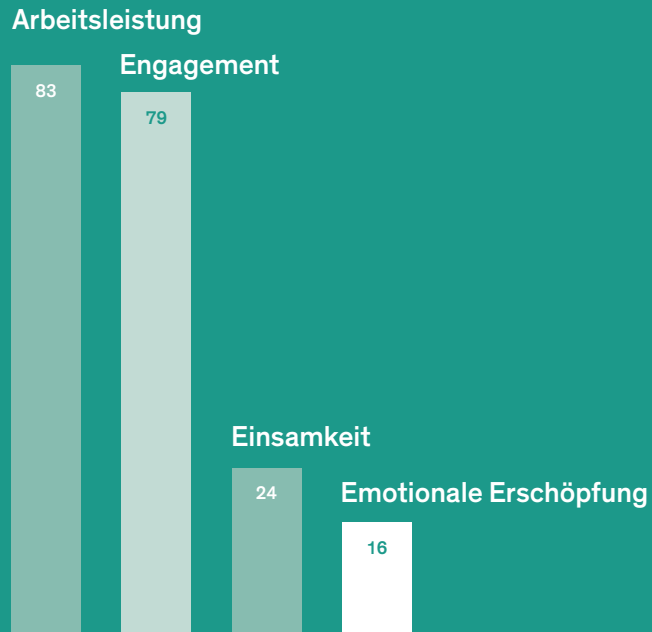
# Arbeiten von zu Hause. Sechs Grafiken zum Homeoffice in der Coronakrise

(F. Kunze)

Im letzten Frühjahr brach in Deutschland nicht nur eine Pandemie aus, sondern auch eine neue Euphorie für das Arbeiten von zu Hause. „Homeoffice“ war das Wort der Stunde. Das Thema allerdings ist komplex und hat für die Betroffenen viele Facetten. Organisationsforscher Florian Kunze zeichnet ausgewählte Aspekte dieser Entwicklung in sechs Grafiken nach. Wie gehen Arbeitgeber\*innen und Beschäftigte mit der neuen Arbeitssituation um? Wie sehen Leistungsfähigkeit und psychische Verfassung aus? Und wie hat die Lage sich inzwischen verändert? Gezeigt werden grafische Darstellungen aus den Ergebnissen einer Befragung, die seit dem Frühjahr 2020 in mehreren Wiederholungen mit derselben Gruppe von Beschäftigten durchgeführt wurde.

# 1 Homeoffice-Euphorie in der ersten Coronawelle

Im Frühjahr 2020 fanden sich Millionen Beschäftigte in Deutschland plötzlich im Homeoffice wieder. Anfangs überwogen für viele die Vorteile. Abbildung 1 zeigt den Anteil derjenigen, die (eher) zustimmten, dass Arbeitsleistung, Engagement, Einsamkeit bzw. emotionale Erschöpfung bei ihnen größer seien als zuvor. Rund 80 Prozent der Befragten fühlten sich produktiver. Nur jede\*r Fünfte fühlte sich einsamer oder emotional erschöpfter.



(Befragung: 1. April 2020, 699 Befragte; Angaben in Prozent)

*Ein bisschen Homeoffice, bitte. Die Mehrheit wünscht sich zwei Tage in der Woche.*

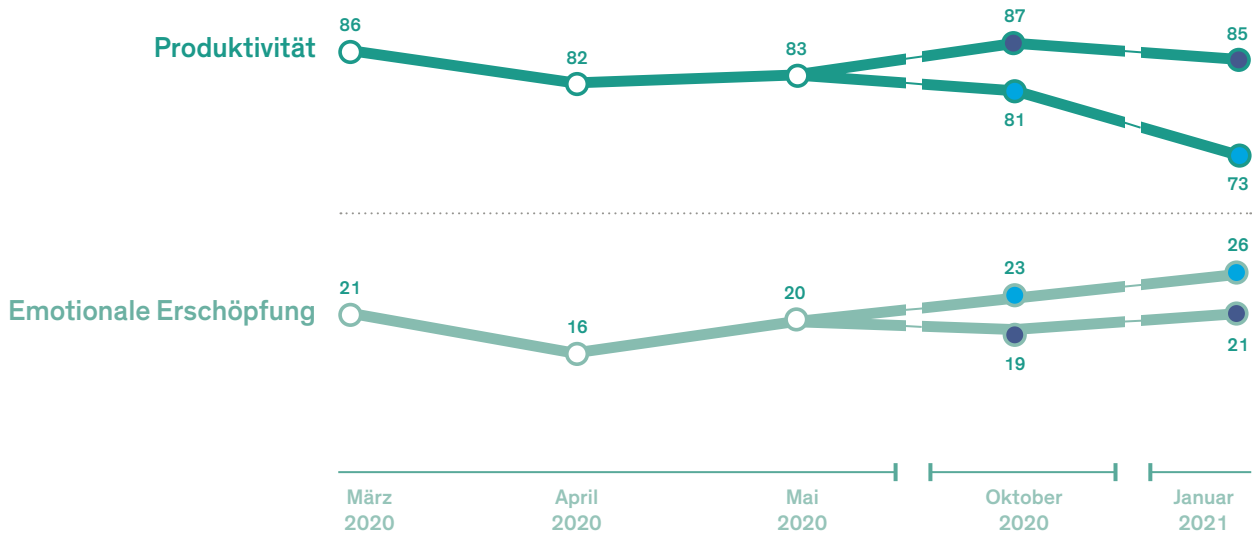


# 2 Der Wunsch nach hybriden Arbeitsformen

Abbildung 2 zeigt, wie viele Tage in der Woche Beschäftigte gern im Homeoffice arbeiten würden. Im Mai 2020 wünschten sich die meisten noch drei Tage, im Oktober nur noch zwei Tage. Auch der Anteil derjenigen, die am liebsten die ganze Woche von zu Hause aus arbeiten würden, ist rückläufig: Viele Mitarbeitende schätzen zwar die Vorzüge des mobilen Arbeitens, sind aber auch etwas pandemiemüde geworden.

(Befragungen: Mai und Oktober 2020, 699 Befragte; Angaben in Prozent)

- Mai 2020
- Oktober 2020



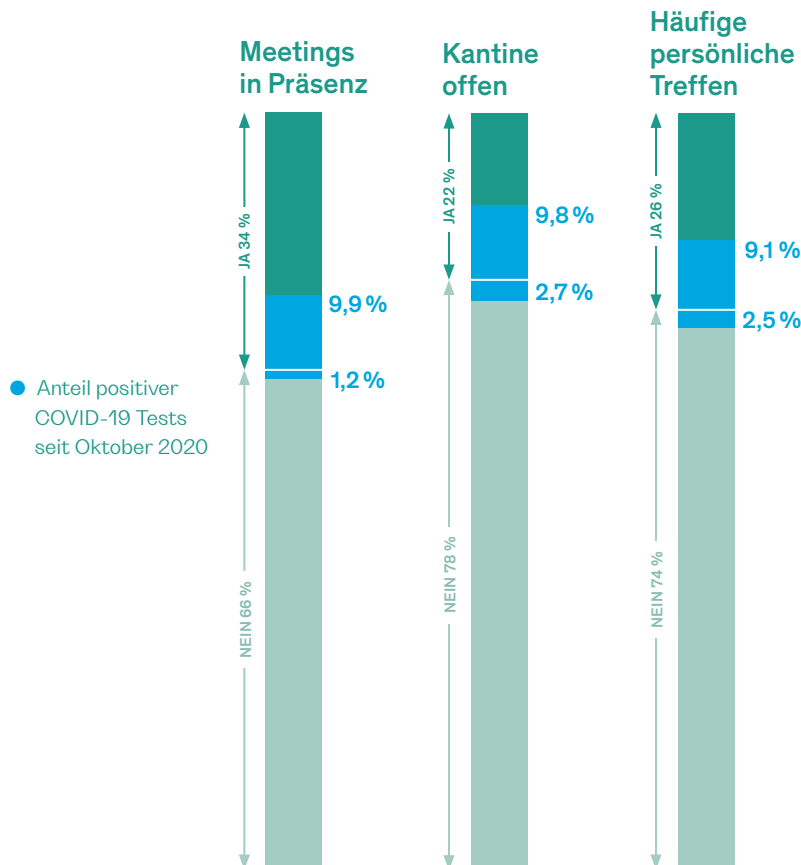
### 3 Rückkehr zur Präsenzarbeit: Weniger Leistung, mehr Erschöpfung?

- weiterhin in mobiler Arbeit oder im Homeoffice
- volle Präsenzarbeit

36

Im Laufe der Untersuchung kehrte ein Teil der Beschäftigten in die Präsenzarbeit zurück. Abbildung 3 stellt dar, wie sich dies auf ihr Befinden auswirkte: Der Anteil derjenigen, die ihre Produktivität (obere Linien) als „hoch“ oder „sehr hoch“ einschätzten, sank unter den Präsenzarbeiter\*innen stetig. Umgekehrt nahm die emotionale Erschöpfung (untere Linien) nach der Rückkehr in die Präsenzarbeit deutlich zu.

(Befragungen: März–Oktober 2020: 699 Befragte, Januar 2021: 384 Befragte; Angaben in Prozent)



### 4 Homeoffice könnte helfen, Infektionszahlen zu senken

Hat die Arbeitsform einen Effekt auf die Ansteckungsgefahr? Unsere Daten lassen vermuten, dass teils deutliche Zusammenhänge bestehen (Abbildung 4). Geöffnete Kantinen etwa vervierfachten unter den Befragten die Infektionsrate. Immerhin ein Drittel von ihnen nimmt an Präsenz-Meetings teil, die die Rate sogar verachtfachen. Ohne uns epidemiologische Expertise anzumaßen, weist dies doch darauf hin, dass Aspekte der Präsenzarbeit dem bestmöglichen Schutz der Beschäftigten zuwiderlaufen könnten.

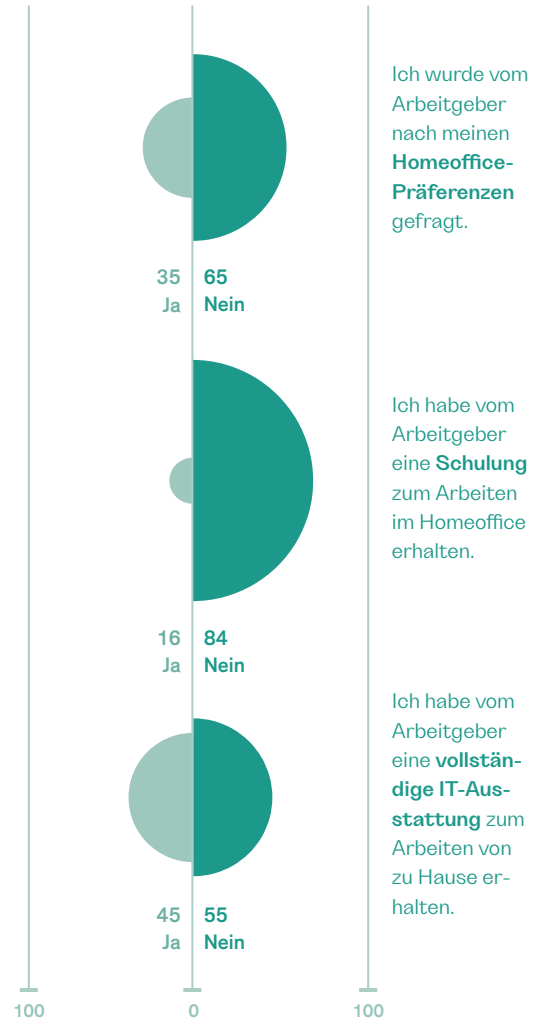
(Befragung: Januar 2021, 384 Befragte; Angaben in Prozent)

# Nur 16 Prozent der Unternehmen bieten ihren Beschäftigten Schulungen fürs Homeoffice.

## 5 Nachholbedarf bei der Unterstützung durch die Betriebe

Die wichtige Unterstützung durch die Arbeitgebenden für das mobile Arbeiten ist noch ausbaufähig, wie Abbildung 5 zeigt. So haperte es nach sechs Monaten Pandemie bei der Mehrheit der Befragten im Homeoffice noch immer an der technischen Ausstattung. Lediglich 16 Prozent hatten schon gezielte Schulungen erhalten. Und nur ein gutes Drittel der Unternehmen hatte sich die Mühe gemacht, ihre Beschäftigten zu fragen, ob sie überhaupt gern von zu Hause aus arbeiten wollten.

(Befragung: Oktober 2020, 699 Befragte; Angaben in Prozent)



37

### Der Betriebsrat hat sich schon vor der Coronakrise für Homeoffice eingesetzt.



### Es gab bereits vor der Coronakrise betriebliche Regelungen für Homeoffice.



### Der Betriebsrat setzt sich in der Coronakrise für Homeoffice ein.

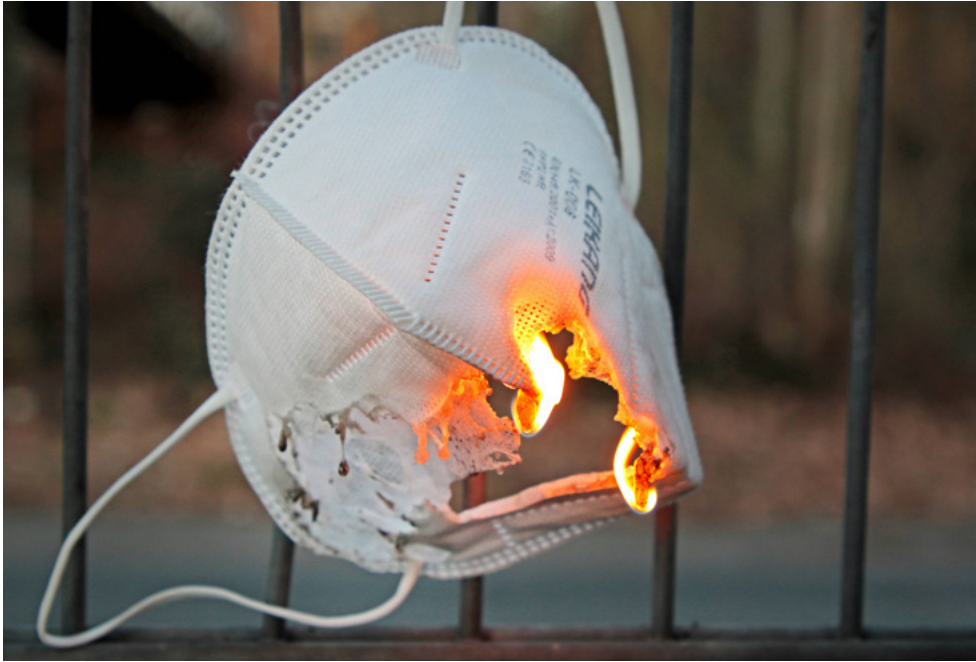


- stimme (eher) nicht zu
- teils-teils
- stimme (eher) zu

## 6 Betriebsräte und Arbeitnehmer\*innenvertretungen stellen sich langsam auf die neue Arbeitswelt ein

Das Thema mobiles Arbeiten genießt bei Arbeitnehmer\*innenvertretungen nur mittlere Priorität. Wie in Abbildung 6 zu sehen, bekam vor Corona nur eine knappe Mehrheit der Befragten aktive Unterstützung zum mobilen Arbeiten durch den Betriebsrat. Nur in 40 Prozent der Betriebe gab es betriebliche Vereinbarungen. Nach Beginn der Coronakrise setzten sich immerhin 60 Prozent der Betriebsräte unserer Befragten stärker für mobiles Arbeiten ein.

(Befragungen: April und Mai 2020, 699 Befragte; Angaben in Prozent, gerundet) /



38

AUS UNSERER FORSCHUNG

# Soziale Ungleichheit, Verschwörungstheorien *und* *die Coronaproteste* *in Deutschland* (S. Koos)

Die „Querdenken“-Proteste: Manche sehen sie als vorübergehende Ausnahmeerscheinung, andere bereits als Gefahr für die Demokratie. *Doch wer protestiert da?* Der Soziologe und Organisationsforscher Sebastian Koos hat während einer „Querdenken“-Demonstration eine Befragung durchgeführt, um zu verstehen, was die Demonstrierenden motiviert – und traf dabei auch auf die eine oder andere skurrile Gestalt.

Die letzte Dekade war geprägt von gesellschaftlichen Krisen: Auf die Finanzkrise folgte die Eurozonenkrise, darauf die sogenannte Flüchtlingskrise – und während diese gesellschaftlich und politisch nachhallen, ringen nicht nur Deutschland und Europa, sondern die ganze Welt seit einem Jahr mit der COVID-19-Pandemie. Krisen wie diese begünstigen immer auch die Entstehung sozialer Bewegungen und politischer Proteste. Dabei spielt soziale Ungleichheit eine zentrale Rolle, denn nicht selten ist sie die Hauptursache für politischen Protest. Gleichzeitig verursachen Krisensituationen in ihrer Komplexität Erfahrungen von Kontingenz und Ungewissheit und lösen eine Sehnsucht nach einfachen Erklärungen aus. Verschwörungstheorien machen hier Deutungsangebote, welche scheinbar klare Ursachenbenennungen für Krisen erlauben. So trägt zum Beispiel häufig eine heimlich agierende Elite die Verantwortung, die das „gemeine Volk“ mit voller Absicht in Krisen stürzt, um die eigene Macht auszubauen.

Im Zusammenhang mit den im Frühjahr 2020 beschlossenen weitreichenden Maßnahmen zur Einschränkung des Corona-Infektionsgeschehens kam es schon im April 2020 zu ersten sogenannten „Hygienes Demonstrationen“ in Berlin. Sie bedienten bereits zum Teil Verschwörungstheorien. In Baden-Württemberg bildete sich zur gleichen Zeit eine Gruppe, die sich als Initiative „Querdenken 711“ bezeichnete und in Stuttgart Proteste gegen Coronamaßnahmen organisierte (0711 ist die Festnetzvorwahl von Stuttgart).

Im Laufe des Frühjahrs bildeten sich in ganz Deutschland „Querdenken“-Ableger, die regelmäßig zentrale Demonstrationen organisierten. Im Sommer erhielten diese Proteste einigen Zulauf. Die bislang größte Demonstration am 1. August in Berlin schätzte die Polizei auf etwa 38.000 Teilnehmende. Wie der Sturm auf das Reichstagsgebäude am 28. August zeigte, radikalisierte sich der Protest zunehmend, neben Regenbogenfahnen wurden Reichs- und Reichskriegsflaggen geschwenkt, Opfer der NS-Diktatur durch Vergleiche verhöhnt. Dabei blieb relativ unklar, wer genau da eigentlich auf die Straße ging. Warum nur, fragte so mancher Leitartikel, tun die das? Ist die Sorge um soziale Ungleichheit eine Triebfeder der Proteste? Und welche Rolle spielen Verschwörungstheorien?

39

In Konstanz gab es mit „Querdenken 753“ einen lokalen Ableger der Initiative. Als dieser zum Wochenende der deutschen Einheit Anfang Oktober eine zentrale Demonstration in Konstanz ankündigte, bot sich uns die Gelegenheit, gezielt nach Antworten zu suchen. Wir würden die Coronaproteste beforschen und versuchen, genauer in Erfahrung zu bringen, wer die „Querdenker“ sind und was sie denken. Standardisierte Befragungen im Rahmen von Demonstrationen haben sich in der Vergangenheit bewährt, um einen Einblick in die sozialstrukturelle Zusammensetzung und die Motive von Protestierenden zu erhalten. Allerdings ist die Befragung einer offen wissenschaftskritischen Protestgruppe, noch dazu unter Pandemiebedingungen, eine ganz andere Herausforderung. Als Gruppe von sechs Studierenden und Wissenschaftler\*innen konnten wir unter einigen Vorsichtsmaßnahmen nach dem Zufallsprinzip 586 der geschätzten 3000 Teilnehmenden während der Hauptkundgebung am Bodensee ansprechen und mit einem Handzettel zur Online-Befragung einladen. Auch vor Ort befragten wir Demonstrierende, um Verzerrungen der online teilnehmenden Stichprobe auszuschließen.

Immerhin 138 Personen beteiligten sich an der Onlinebefragung. Dabei zeigte sich, dass eher höher gebildete, ältere Menschen an den Protesten teilnahmen, interessanterweise etwa gleich viele Männer und Frauen. Auffallend war die große Anzahl an Selbstständigen →

## Die Maßnahmen haben negative Auswirkungen auf...

40

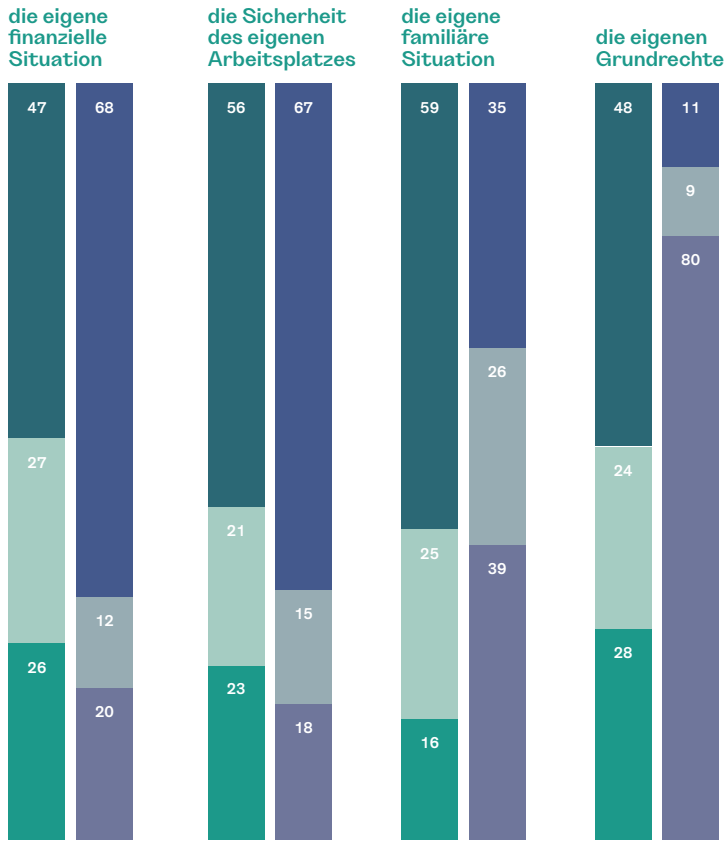


Abbildung 1: Wahrnehmung negativer Folgen von Corona-Eindämmungsmaßnahmen (Angaben in Prozent)



(20 Prozent). Jedoch stellten „Krisenverlierer“ nur eine vergleichsweise kleine Gruppe dar (siehe Abbildung 1). Das Motiv der persönlichen Betroffenheit scheint für die Teilnahme am Coronaprotest keine herausragende Rolle zu spielen. Eine Ausnahme bildet das häufig geäußerte Gefühl, die eigenen Grundrechte seien bedroht. Ansonsten geht die überwiegende Mehrzahl der Befragten demonstrieren, weil sie das Allgemeinwohl in Gefahr sieht. Vergleicht man unseren Befund mit Einschätzungen der Gesamtbevölkerung, wie sie vom Befragungsprogramm des Exzellenzclusters erhoben wurden, zeigt sich ebenfalls deutlich: Die wahrgenommene Beschränkung der Grundrechte führt eher zum Coronaprotest als persönliche ökonomische Sorgen. Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wird unter den Protestierenden sehr viel pessimistischer gesehen als in der Gesamtbevölkerung.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zeigen die Demonstrierenden eine große Affinität zu Verschwörungstheorien (siehe Abbildung 2), gepaart mit einem tiefen Misstrauen in politische Institutionen und etablierte Medien. Hier haben sich Menschen zu einer Art Misstrauensgemeinschaft zusammengefunden, die auch dem Wissenschaftssystem kritisch gegenübersteht.

Mit vielen der Teilnehmenden sind wir insbesondere während der Kurzbefragung auch persönlich ins Gespräch gekommen. Die Bandbreite an Eindrücken war dabei sehr groß. Die allermeisten Befragten waren freundlich und gesprächsbereit, die Motive vielfältig und teils entwaffnend einfach. Gefragt, warum er an den Protesten teilnehme, sagte mir ein älterer Mann: „Ich will doch nur mein altes Leben zurück“. Andere dagegen sprachen der Regierung und den Corona-Maßnahmen jede Berechtigung ab oder forderten gar ein „Tribunal“. Viele fragten uns Forschende, auf welcher Seite wir selbst stünden, auf „der guten“ oder „der bösen“.

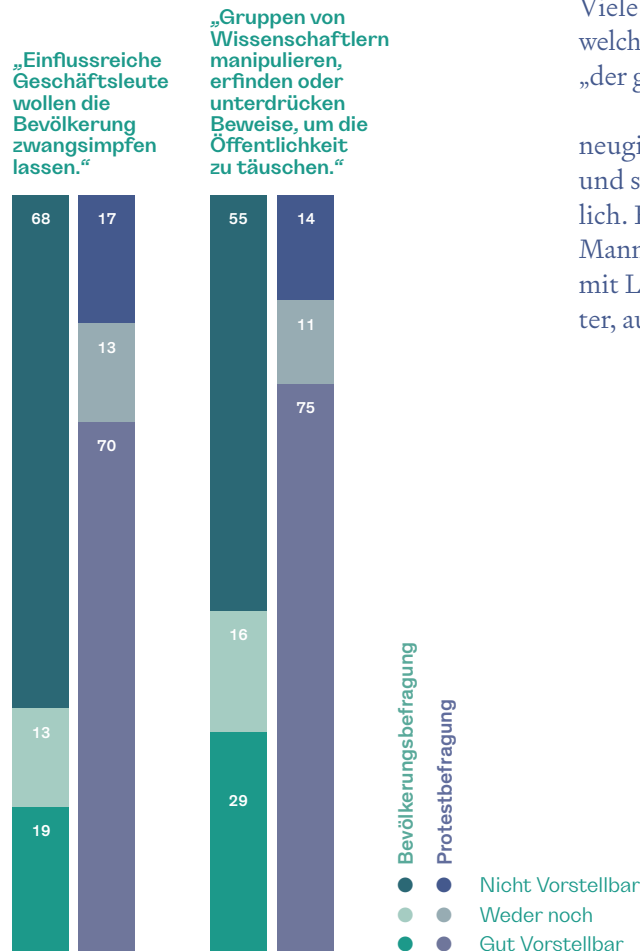
Neben aller Forscherneugier bleiben einige Episoden und skurrile Gestalten unvergesslich. Eine Zeitlang folgte uns ein Mann in Darth-Vader-Verkleidung mit Lichtschwert und Ghettoblaster, aus dem in Dauerschleife eine

Star-Wars-Melodie erklang. Immerhin, Darth Vader trug eine Maske, wenn auch wahrscheinlich nicht aus Infektionsschutzgründen. Ein andermal stritt ein selbsternannter Schamane – ganz in rosa gekleidet, mit wallendem Haar und Plateauschuhen – mit einigen Gegendemonstranten über die Bedeutung von „Mutter Erde“. Diese Randscheinungen mögen manch eine\*n dazu verleiten, die „Querdenker“-Proteste als etwas spleenig abzutun. Das offenbarte „Querdenken“ ist aber Denken in populistischen Kategorien von „korrupter Elite“ und „gutem Volk“. Es erwächst aus tiefem Misstrauen und dem Glauben an Verschwörungserzählungen. Eine offene Debatte und die so notwendige angemessene, aber auch kritische Auseinandersetzung mit der Coronapolitik der Regierung wird durch Auftreten und Äußerungen der Bewegung erschwert.

Dennoch sollten Sorgen wie diese nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „Querdenker“ keine Massenbewegung darstellen. Insgesamt haben nur etwa 15 Prozent der Bevölkerung in Deutschland überhaupt Verständnis für die Demonstrationen. Ein starkes Anwachsen der Proteste, die Entstehung einer langfristigen Bewegung und damit einer Kraft, die auch im politischen System Gewicht erhält, scheint damit momentan eher unwahrscheinlich. Noch geht von Darth Vader keine große Gefahr für die Demokratie aus. /

41

Abbildung 2: Neigung zu Verschwörungstheorien (Angaben in Prozent)



Sebastian Koos ist Juniorprofessor für Corporate Social Responsibility an der Universität Konstanz und PI des Clusters.

42 GESCHICHTEN AUS DEM LABOR

# Kontakt(aufnahme)- beschränkungen. Oder:

# *Wie die Coronapandemie ein Clusterprojekt auf sozialer Distanz hält* (F. Bergmann)

Im Frühjahr 2020 konnte man leicht das Gefühl bekommen, nicht nur Coronainfektionen, sondern auch sozialwissenschaftliche Umfragen erlebten ein exponentielles Wachstum. Die Gelegenheit, brandneue Erkenntnisse über die Auswirkungen einer radikalen Veränderung unseres Alltags zu gewinnen, konnte und durfte sich die Umfrageforschung natürlich nicht entgehen lassen.

Doch wer nun annimmt, Befragungsvorhaben ließen sich in Pandemiezeiten leichter durchführen, und alle potenziellen Teilnehmer\*in-

Was tun, wenn die Feldforschung ausfällt? Eigentlich wollte der Politikwissenschaftler Fabian Bergmann für seine Doktorarbeit zu den indigenen Sámi in Norwegen und Schweden reisen. *Dann kam Corona*. Nun steht das Projekt vor der Schwierigkeit, Kontakte auf Distanz zu knüpfen.



↑ Das Gebäude des Sameting, des norwegischen Sámi-Parlaments

43

nen würden in der Einsamkeit ihres Homeoffice nur darauf warten, endlich am nächsten Telefoninterview teilnehmen zu können, liegt leider falsch. Tatsächlich stellt Corona für Befragungen, die sich nicht einfach über bestehende Online-Stichproben oder zufällig gewählte Telefonnummern realisieren lassen, ein erhebliches Problem dar – so auch für unser Projekt am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“. Es beschäftigt sich aus sprach- und politikwissenschaftlicher Sicht mit der Situation und dem Zusammenleben der indigenen Sámi und der Mehrheitsbevölkerung im Norden Norwegens und Schwedens.

Konkret interessiert uns, inwiefern auch in diesen beiden Ländern, die oft als sehr egalitär gepriesen werden, Formen gesellschaftlicher Ungleichheit bestehen. Die Forschung gibt Hinweise darauf, dass Sámi sich auch heute noch häufiger diskriminiert fühlen als Angehörige der Mehrheitsbevölkerungen – und das über ein halbes Jahrhundert nach dem Ende der harten Assimilations- (Norwegen) bzw. Segregationspolitik (Schweden). Zu den Hintergründen

und zur Bewertung des eigenen ökonomischen oder politischen Status der Sámi gibt es jedoch bisher kaum Studien. Genauso wenig ist bekannt, wie verbreitet Kenntnisse der Sámi-Sprachen heutzutage sind, wie gut sie beherrscht werden, und wer aus welchen Gründen eher Sámi oder eher Norwegisch beziehungsweise Schwedisch spricht.

In meiner politikwissenschaftlichen Dissertation behandle ich die zentrale Frage, welche Rolle →

↓ Der Sametingsráđet, das Führungsgremium des norwegischen Sámi-Parlaments.



## 44

den staatlichen Politiken in der Diskriminierungswahrnehmung der Sámi zukommt. Der norwegische Staat räumt den Sámi als indigener Gruppe andere Rechte und Selbstbestimmungsmöglichkeiten ein als der schwedische Staat. Ich möchte deshalb herausfinden, ob die norwegischen Sámi ihre soziale, politische und ökonomische Situation anders einschätzen, als es ihre Sámi-Nachbar\*innen in Schweden tun.

Zur Klärung dieser und anderer Aspekte des Projekts soll eine Befragung durchgeführt werden, welche Bewertungen des eigenen sozialen, politischen und ökonomischen Status, die Zufriedenheit mit verschiedenen Sámi-Politiken und die Messung von Sprachkenntnissen umfasst. Zum Identifizieren möglicher Ungleichheiten wollen wir die Antworten von Sámi-Teilnehmer\*innen mit denen der Mehrheitsbevölkerung vergleichen.

Um fundierte Schlüsse ziehen zu können, ist aus jeder Gruppe eine ausreichend große Anzahl an Teilnehmer\*innen nötig. Bei den Sámi ist das jedoch gleich in mehrerlei Hinsicht kompliziert: Erstens bilden sie, gemessen an der Gesamtbevölkerung, in beiden Ländern eine kleine Gruppe. Zweitens stellten sie über-

durchschnittlich häufig das Forschungsobjekt verschiedenster Disziplinen dar und machten damit schlechte Erfahrungen: So dienten zu Beginn des 20. Jahrhunderts einige mit Zwang von außen durchgeführte Untersuchungen unter dem Deckmantel wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns der Verbreitung menschenverachtender Rassenideologien.

Was also kann man tun, um dieser Gruppe die Teilnahme an einer Unternehmung als sinnvoll zu vermitteln, die zunächst nur nach irgendeiner weiteren Befragung von irgendeiner ausländischen Universität aussieht? Zuerst einmal muss man sich selbst, die Befragung und ihren Zweck unter den potenziellen Teilnehmer\*innen bekannt machen. Und wie geht das am besten? Leider nicht per E-Mail und Zoom! Sondern nur durch Kontakteknüpfen, persönliche Treffen und Händeschütteln vor Ort. Dafür hatten wir eine zweiwöchige Rundreise geplant: Oslo – Stockholm – Kiruna – Kautokeino – Karasjok – Tromsø. An jeder Station sollte es Treffen geben. Zum einen mit uns bekannten Forschenden, die sich mit ähnlichen Themen beschäftigen, zum anderen wollten wir auch deren Kontakte aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik treffen.

Denn auch in Skandinavien ist es nützlich, jemanden zu kennen, die\*der jemanden kennt. Mit dieser Schneeballtaktik, so unser Plan, sollte das Projekt mit Unterstützung durch die lokale Verwaltung sowie durch politische und zivilgesellschaftliche Sámi-Organisationen unter der lokalen Bevölkerung bekannt gemacht werden.

Bislang haben jedoch Einreisebeschränkungen und Quarantäneregelungen unsere Reise verhindert und unseren Plan vereitelt. Und so setzte im letzten Jahr ein großes Experimentieren mit verschiedensten Videomeeting-Tools ein. Natürlich sind das nützliche Werkzeuge, mit denen man schnell und flexibel Besprechungen über Ländergrenzen und Kontaktbeschränkungen hinweg abhalten kann. Was sie jedoch leider nicht ersetzen können, sind die informellen, zwischenmenschlichen Interaktionen während eines persönlichen Gesprächs. Und die können besonders in der Kennenlernphase entscheidend sein, wenn es darum geht, die\*den Gegenüber zu überzeugen, das vorgestellte Projekt konstruktiv zu unterstützen. Zwar konnten wir also Organisatorisches mit kooperierenden Umfrageinstituten besprechen und unser Vorhaben anderen Forschenden präsentieren. Allerdings war es kaum möglich, neue Kontakte zu Gemeindevertreter\*innen und Sámi-Repräsentant\*innen und -organisationen zu knüpfen. Die meisten unserer Kontaktaufnahme-Mails mit Bitte um ein virtuelles Treffen blieben auch nach mehreren Wiederholungen unbeantwortet. Und diejenigen Kontakte, die wir für ein Videomeeting gewinnen konnten, zeigten sich zwar höflich interessiert, doch unser Schneeball blieb schnell an der virtuellen Lawinerverbauung hängen, ohne wirklich ins Rollen zu kommen.

Kurzum, die Pandemie hat unsere Möglichkeiten, die Befragung vor Ort bekannt zu machen und sie möglichst gut an den

lokalen Gegebenheiten auszurichten, harsch beschnitten. Wie sich das schlussendlich auf die Teilnehmer\*innenzahl und, damit verbunden, auf die Forschungsqualität auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Aber wenn es gestattet ist, von der eigenen Situation auf die Situation anderer zu schließen, so spricht zumindest ein Faktor klar für uns: Nach Monaten der Kontaktbeschränkungen und der Isolation freuen sich auch die Bewohner\*innen Nordskandinaviens inzwischen bestimmt über jeden Anruf. Selbst wenn es sich dabei nur um irgendeine weitere Befragung irgendeiner deutschen Universität handelt. /

### Hinweis der Redaktion

Das Projektteam hat nach einer Verzögerung von vielen Monaten kurz vor Redaktionsschluss doch noch die Erlaubnis zu einer Forschungsreise bekommen.



*Fabian Bergmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Clusterprojekt „Etnische Politik“ – Ein Mittel gegen Ungleichheiten zwischen Gruppen.“*

LAUT GEDACHT

# Wissenschaft im Alltag. *Prominenz mit 46 Nebenwirkungen* (P. Stoop)

„Und wie war dein Medienjahr?“  
Nach zwei Wellen Pandemie muss man der Wissenschaft diese Frage stellen. Ist es im aktuellen Medien- und Meinungsgetümmel gelungen, Methoden, Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion einer breiten Öffentlichkeit näherzubringen? Das ist keine triviale Frage. Der Druck auf die Forschung, sich zu erklären, nimmt seit Jahren zu – und das gilt nicht nur für die Lebens-, sondern auch für die Sozialwissenschaften.

Paul Stoop war im Winter 2019/20 Gründungsfellow des Journalist-in-Residence-Programms des Clusters. Ein Pandemie-Jahr nach seinem Abschied von Konstanz fragt der Journalist hier nach Vor- und Nachteilen der ungewohnten wissenschaftlichen Dauerpräsenz in den Medien.

Noch nie war Wissenschaft in den Medien so präsent wie heute: Das steht auf der Habenseite. Forscher\*innen sind Dauergäste in Talkshows. Pressekonferenzen mit Virologen, Epidemiologinnen, Modellierungsexperten und Statistikerinnen werden nicht nur von Gourmets verfolgt. Die Nationale Wissenschaftsakademie Leopoldina ist nun weit bekannt, Begriffe wie Peer-Review-Prozess oder Pre-Print-Publikation werden nicht mehr als exotisch empfunden. Komplexe Infektionsprozesse werden klug aufbereitet und geduldig erläutert.

47

Nur – es gibt massive Risiken und Nebenwirkungen. Christian Drosten ist als öffentliche Figur Gegenstand von Kabarett und Karikatur. Das ist aber noch das Geringste. Als kritisch ist die mediale Erhitzungsdynamik einzustufen, die kein Lockdown bremsen kann. Sie verleitet manche\*n Forscher\*in mit weniger Selbstreflexion und kühlem Kopf als Herrn Drosten, sich vor den Karren von Medien spannen zu lassen, denen es um Drama und Schlagzeile geht. Kleine Detailunterschiede werden →

im Talk zu grundlegenden Zerwürfnissen umgedeutet. So kann der Eindruck entstehen, Wissenschaft sei am Ende doch beliebig – ein Kessel Buntes der Meinungen.

Dabei kann es zu pauschaler Abwertung kommen. Als Monika Sieverding, Professorin für Gesundheitspsychologie, eine Aussage zu Infektionen in Schulen mit dem Hinweis auf eine

48 aktuelle Studie untermauern will, unterbricht Moderator Plasberg sie mit einem wohl witzig gemeinten „Haben Sie sich neulich mal mit Lauterbach getroffen? Der zitiert immer auch gleich eine Studie.“ (hart aber fair, 25.1.2021) Ja, verdammt, Plasberg, möchte man da rufen, es gibt gute Gründe, Studien zu lesen und daraus Erkenntnisse zu gewinnen!

Wie weit die (gespielte?) Skepsis gehen kann, zeigt Harald Martenstein in einer quergedachten Tagespiegel-Kolumne. „Die' Wissenschaft ist allerdings ein Phantom, es gibt sie gar nicht“, schreibt er und behauptet dann, die angeblich nicht existierende Wissenschaft sei der neue Despot,

der die Demokratie aushebele (14.2.2021). Im Zitationsindex der Verschwörungserzählungen wird er sicher zulegen.

Für die Sozialwissenschaften, die jetzt weniger im Rampenlicht stehen, kann das angesichts absehbarer ökonomischer und sozialer Folgen der Pandemie lehrreich sein. Sie sind gefordert, wenn nun öffentlich verstärkt über Bildungs- und Geschlechterungleichheit, Vermögensverteilung, Steuergerechtigkeit und politische Teilhabe nachgedacht wird. Es gilt eine klare Sprache zu sprechen, sich nicht instrumentalisieren zu lassen und gefährlichen Unsinn auch als solchen zu benennen.

Und für wissenschaftliche Institutionen heißt es weiterhin: Begegnungen ermöglichen, Journalist\*innen in die Forschung einladen und Wissenschaft erklären. Sisyphos wird vorerst der Patron der Wissenschaftskommunikation bleiben. /



↑ Paul Stoop

# In\_equality

N° 1, April 2021

## Vorstand

Prof. Dr. Marius R. Busemeyer (Sprecher)  
Prof. Dr. Claudia Diehl (Co-Sprecherin)  
Prof. Dr. Nils B. Weidmann (Co-Sprecher)

## Universität Konstanz

### Exzellenzcluster

#### „The Politics of Inequality“

Universitätsstraße 10  
78464 Konstanz  
T +49 7531 88-5772  
cluster.inequality@uni-konstanz.de

## Redaktion und

### Projektmanagement

Marius R. Busemeyer  
Jessica Haase  
Paul Töbelmann

## Lektorat

Carsten Bösel  
Susanne Darabas

## Korrektur

Susanne Darabas

## Übersetzung

Carsten Bösel

## Gestaltung

yella park, Aachen

## Druck

Druck & Verlag Kettler GmbH, Bönen

Texte in Absprache mit der Redaktion  
frei zum Nachdruck.

## Online-Version und Abonnement

<https://ungleichheit.uni.kn/magazin>

## Der Exzellenzcluster „The Politics of Inequality. Perceptions, Participation and Policies“

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, ungerecht verteilte Bildungschancen, der weltweite Aufstieg von Populisten, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

## Der Exzellenzcluster dankt der Universität Konstanz und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für ihre Förderung und Unterstützung.

Gefördert durch:

**DFG** Deutsche  
Forschungsgemeinschaft  
EXC-2035/1–390681379

[inequality.uni.kn](http://inequality.uni.kn)

 [@EXCInequality](https://twitter.com/EXCInequality)

## Bildnachweise

S. 6 Ines Janas  
S. 9 IMAGO / Frank Sorge  
S. 11 Ines Janas  
S. 12 IMAGO / Wassilis Aswestopoulos  
S. 17 Ines Janas (links), Inka Reiter (rechts)  
S. 19/22 IMAGO / Bildgehege  
S. 23 Ines Janas  
S. 24 Ines Janas  
S. 28 IMAGO / Gottfried Czepluch  
S. 31 Ines Janas  
S. 33 Peter Dinesen  
S. 37 Sara Márja Magga / Sametinget  
S. 38 Saemiedigkie / Sametinget  
S. 43 Paul Stoop  
S. 50 Das Progressive Zentrum (oben),  
Guido Kaspar (unten)  
S. 52 Fabian Bergmann (oben links),  
Thomas Wöhler (oben rechts),  
Jessica Haase (unten links), Claudia Diehl  
(oben mitte, unten mitte, unten rechts)

## OPEN DATA

### COVID-19 UND SOZIALE UNGLEICHHEIT. EIN BEFRAGUNGSPROGRAMM DES EXZELLENZCLUSTERS „THE POLITICS OF INEQUALITY“ (T. WÖHLER)

In der Coronakrise standen zunächst medizinische und epidemiologische Aspekte im Vordergrund. Doch politische, soziale und ökonomische Fragen und Zusammenhänge rücken zunehmend in den Fokus. Um besser zu verstehen, wie Menschen in Deutschland mit den sozialen und politischen Folgen der Coronakrise umgehen, haben wir ein vielfältiges Befragungsprogramm ins Leben gerufen.

Die Themen, die in diesem Programm bearbeitet wurden, sind so vielfältig wie der Cluster; die Beiträge im vorliegenden Heft zeigen einen kleinen Ausschnitt. Insgesamt 18 Forschende des Clusters aus unterschiedlichen Disziplinen sind an dem Projekt beteiligt, das als Kooperationsprojekt die Forschungsbereiche und Einzelprojekte des Clusters vereint. Koordiniert wird das Programm durch den sogenannten Methods Hub, eine zentrale Einrichtung, die den Forschenden des Clusters Methodenkompetenz und praktische Unterstützung vermittelt. Die Datenerhebungen werden vom *surveyLAB* der Universität Konstanz durchgeführt.

Zu zwei Zeitpunkten wurden Onlinebefragungen vorgenommen: von April bis Mai mit rund 8.000 und von Oktober bis November mit etwas über 7.000 Befragten (Personen in Privathaushalten ab 18 Jahren, wohnhaft in Deutschland). Ein Großteil der Befragten der zweiten Welle war bereits in der ersten dabei, so dass wir neben allgemeinen Aussagen zur Gesamtbevölkerung auch solche zur Veränderung von Einstellungen auf individueller Ebene machen können.

Für Themen, bei denen eine besonders repräsentative Abbildung der Bevölkerung wichtig ist, wurde die Befragung mit dem Panel von Kantar (einer ständigen Befragungengruppe) durchgeführt. Für andere Forschungsfragen ist eine größere Fallzahl wichtig, und es müssen nur möglichst viele Bevölkerungsgruppen in der Befragung zu Wort kommen. Dafür haben wir das Panel von Respondi verwendet und auf eine gute Abdeckung der Merkmale Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung geachtet.

Im Sinne unserer Open-Data-Strategie sind die im Rahmen des Umfragenprogramms erhobenen Daten für wissenschaftliche Zwecke frei nutzbar. Sie sind über das *Datenarchiv* unseres Partners, des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften GESIS zugänglich.

Umfassende Informationen zum Umfragenprogramm finden sich auf *unserer Webseite*. Hier lassen sich neben Beschreibungen der thematischen Module und ihrer Ergebnisse auch vollständige Angaben zur Methodik und Datengrundlage nachlesen. /

Nach 14 Jahren doch wieder ein Zaun: „Kunstgrenze“ zwischen Konstanz und Kreuzlingen  
*Fenced off, yet again after 14 years: “Art border” between Konstanz and Kreuzlingen*

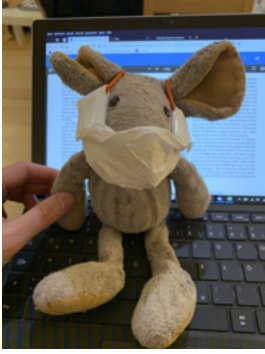


*Menschenleer...  
Devoid of human life...*



Ähnliche Probleme überall. Hier: Toronto, Kanada  
*Similar problems plague us all. Here: Toronto, Canada*

# PERSPECTIVES



Maskenpflicht!  
*Masks mandatory!*



Kreativer Umgang mit Eindämmungsmaßnahmen  
*Creative interpretation of containment measures*

Gegendemonstration zum „Querdenken“-  
Treffen, Konstanz, 03. Oktober 2020  
*Counter demonstration vs. „Querdenken“  
meeting, Konstanz, 03 October 2020*

